



DAS ÖKOSystem DER BÜRGERENERGIE

Aus den Erfahrungen von Bürgerenergiegemeinschaften lernen

INHALT



| | |
|--|-----------|
| KAPITEL 1: Warum diese Broschüre | 1 |
| KAPITEL 2: Die wichtigen Akteur*innen | 2 |
| Mit Stakeholder-Analysen zum Erfolg | 3 |
| KAPITEL 3: Der Blick nach innen - interne Stakeholder | 7 |
| Aktive gewinnen..... | 10 |
| Warum geschlechtergerechte Bürgerenergiegenossenschaften? | 11 |
| In sieben Schritten zur Bürgerenergiegenossenschaft..... | 13 |
| KAPITEL 4: Die Basis des Erfolgs - Menschen begeistern und gewinnen | 15 |
| Heidelberg wird Sonnenstadt | 16 |
| Spannung, Spaß und Perspektiven - Bürgerenergie und „For-Future“-Gruppen | 18 |
| E-Carsharing in Bürgerhand | 20 |
| KAPITEL 5: Energiewende gemeinsam - Kommune, Stadtwerk und Landkreis als Partner*in | 21 |
| Gemeinsam stärker: Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften..... | 22 |
| Wärme, Strom und E-Mobilität | 24 |
| Energieland2050 - ein Kreis auf dem Weg zur Energieautarkie..... | 26 |
| Türöffner*in, Bündnispartner*in, Mitstreiter*in | 28 |
| Energiewende gemeinsam schaffen..... | 29 |
| KAPITEL 6: Stärken nutzen - Projekte und Kund*innen gewinnen | 31 |
| „Inne halten, sich ausrichten und Prioritäten setzen..... | 32 |
| Strom und Wärme für Mieter*innen..... | 34 |
| „Bürger*innen haben gemeinsam mehr Energie“ | 36 |
| Wie sich Eigenkapital schöpfen lässt | 37 |
| Kirchen und Bürgerenergie..... | 38 |
| Waffel-Wärme für den ganzen Ort..... | 41 |
| KAPITEL 7: Wie Klimaschutz, Umwelt- und Naturschutz zusammenkommen | 43 |
| „Ohne Klimaschutz können wir uns den Artenschutz sparen | 44 |
| Artenschutz und Energiewende Hand in Hand | 46 |

KAPITEL 1 Warum diese Broschüre

Bürgerenergiegemeinschaften sind vielfältig und ideal dafür, viele Bürger*innen an der Energiewende teilhaben zu lassen. In ganz Deutschland gibt es eine Vielfalt an Bürgerenergiegenossenschaften, -vereinen und anderen von Bürger*innen getragenen Organisationen. Ihnen gelingt es, eine Energiewende in Bürgerhand nachhaltig zu gestalten.

Das Ökosystem der Bürgerenergie

Die Bandbreite an Stakeholdern, die Arbeit und Projekte von Bürgerenergiegemeinschaften beeinflussen, ist groß und variiert in der Praxis mitunter stark. Wer sind wichtige Akteur*innen und Bezugsgruppen? Die Gesamtheit der Bezugsgruppen bildet ein Ökosystem, das durch gegenseitige Interaktion der Akteur*innen und lokale Gegebenheiten bedingt ist und unterschiedliche Chancen und Herausforderungen für Bürgerenergiegemeinschaften in sich birgt. Dieses Ökosystem zu kennen und sich über dessen Potentiale und Hürden im Klaren zu sein, wirkt sich entscheidend auf den Projekterfolg aus. Es geht um möglichst optimale Bedingungen für eine nachhaltige Energiewende zum Vorteil der Region und Menschen, die dort leben.

Ziel der Broschüre

Was sind Ziele, Motive und Einstellungen der Stakeholder? Welchen Einfluss haben sie? Und wie lassen sie sich einbinden?

Unterstützen sie die Ziele der Bürgerenergiegemeinschaften oder gibt es Interessenskonflikte? Mittels einer Stakeholder-Analyse, die zu Beginn der Broschüre vorgestellt wird, können Bürgerenergiegemeinschaften ihr eigenes Ökosystem untersuchen und identifizieren. Sie analysieren die wichtigsten Bezugsgruppen und leiten daraus ihre Strategie und entsprechende Aktivitäten ab. Gleichzeitig werden externe Akteur*innen aus dem Ökosystem von Bürgerenergiegemeinschaften angesprochen, etwa Kund*innen, Kommunen, Kirchen, Gewerbetreibende. Sie können die Potentiale von Bürgerenergieakteur*innen für erfolgreiche Projekte und eine dezentrale, sozial gerechte Energiewende erkennen. Die Praxisbeispiele zu verschiedenen Stakeholder-Gruppen verdeutlichen die potentielle Vielfalt und zeigen Erfolgsfaktoren und Hürden in der Zusammenarbeit.

Das Bündnis Bürgerenergie vermittelt Wissen

Diese Broschüre ist Teil des dreijährigen Projektes „Energiegenossenschaften in der Nutzung von erneuerbaren Energiequellen“ des Bündnis' Bürgerenergie, welches von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert wird. Die aktuellen Inhalte 2020 wurden u.a. in zwei vorausgehenden Workshops entwickelt und inhaltlich vom Netzwerk Energiewende Jetzt, einer Mitgliedsorganisation im Bündnis Bürgerenergie, begleitet.



KAPITEL 2

Die wichtigen Akteur*innen

Mitglieder, Aktive, Kund*innen, Partner*innen, Netzwerke, Politik: Wer ist wichtig für die Bürgerenergiegemeinschaft? Wer hat Einfluss, wer unterstützt, wer kritisiert, wer opponiert? Mit einer Stakeholder-Analyse lassen sich die zentralen Bezugsgruppen hinsichtlich Unterstützungsggrad und Einflussmöglichkeiten identifizieren und analysieren, um dann Maßnahmen zu ihrer Einbindung zu entwickeln.

Mit Stakeholder-Analysen zum Erfolg

Stakeholder-Analysen sind ein wichtiges Mittel, um für die Bürgerenergiegemeinschaften wichtige Akteur*innen zu identifizieren und einzubinden. Analysieren Sie Ihre potentiellen Kund*innen, Kooperationspartner*innen, Aktive, Mitglieder und gewinnen Sie diese für Ihre Sache.

Wer sind die wichtigen Akteur*innen und Bezugsgruppen für eine Bürgerenergiegemeinschaft? Was sind deren Ziele, Motive und Einstellungen? Welchen Einfluss haben sie? Welche Widerstände können von ihnen ausgehen? Welche sind Unterstützer*innen und Promotor*innen? Welche Risiken und Chancen gibt es? Diese und ähnliche Fragen stellen sich in einer Stakeholder-Analyse. Mit der Methode der Stakeholder-Analyse werden zentrale Bezugsgruppen identifiziert, für die im Anschluss analysiert werden kann, wie sie erreicht und eingebunden werden können. In dieser Broschüre werden Stakeholder von Bürgerenergiegemeinschaften am Beispiel von Bürgerenergiegenossenschaften beschrieben und analysiert, weil diese aufgrund ihrer niedrigschwelligen und vielfältigen Einbindung von Bürger*innen umfangreich Bürgerenergie ermöglichen.

Wichtige Akteur*innen einer Bürgerenergiegemeinschaft kommen aus den eigenen Reihen - es sind die Verantwortlichen, Aktiven und Mitglieder. Hier können folgende Themen bearbeitet werden: Wie gewinnt die Bürgerenergiegenossenschaft Nachfolger*innen für Vorstand und Aufsichtsrat? Welche Kompetenzen braucht die Bürgerenergiegenossenschaft und wie bekommt sie diese? Wie lassen sich Menschen als Mitglieder ansprechen bzw. zur Mitarbeit motivieren? Die Analyse **externer** Stakeholder ist differenzierter.

WAS IST EIN STAKEHOLDER?

Der Begriff Stakeholder stammt aus dem Englischen und bedeutet so viel wie Anspruchsberechtigter. Stakeholder umfassen in dieser Broschüre die Organisationen und Personen, die Erwartungen und Interessen gegenüber einer Bürgerenergiegemeinschaft oder einem Vorhaben haben und die das Handeln der Gemeinschaft beeinflussen können.

Zu ihnen zählen Kund*innen, Kooperationspartner*innen, meinungsführende Personen, Politiker*innen, Gegner*innen, Presse und Öffentlichkeit, Bürger*innen usw. Die genossenschaftlichen Prüfungsverbände gehören ebenso dazu wie Energieagenturen sowie landes- und bundesweite Netzwerke der Bürgerenergie. Wichtige Fragen sind hier zum Beispiel: Wen muss die Bürgerenergiegenossenschaft einbeziehen und überzeugen? Welche Unterstützer*innen bringen die Bürgerenergiegenossenschaft voran? Wie können potentielle Kund*innen in Segmente eingeordnet werden? Wo könnte es Konflikte geben? Wie präsent soll die Bürgerenergiegenossenschaft bei welchen Stakeholdern sein?

Schritte des Stakeholder-Managements



Im Folgenden begleiten wir Sie anhand eines strukturierten Prozesses durch die vier Schritte des Stakeholder-Managements:

> **Identifikation:** Welche Personen, Gruppen, Organisationen sind für Ihre Bürgerenergiegenossenschaft oder Ihr Vorhaben wichtig? Wer hat ein Interesse an Ihrem Vorhaben bzw. ist davon betroffen? Dazu klassifizieren Sie die Stakeholder. Wie Sie das praktisch tun, erfahren Sie weiter unten.

>> **Analyse:** Hier können Sie verschiedene Kriterien anlegen: Sie bewerten Intensität und Qualität der Beziehungen, analysieren Ziele, Interessen und Bedürfnisse der Stakeholder. Sie bewerten diese nach Einfluss und Einstellung und können so herausfinden, wer Ihre Unterstützer*innen und Promotor*innen sind und wer Skeptiker*innen und Gegner*innen.

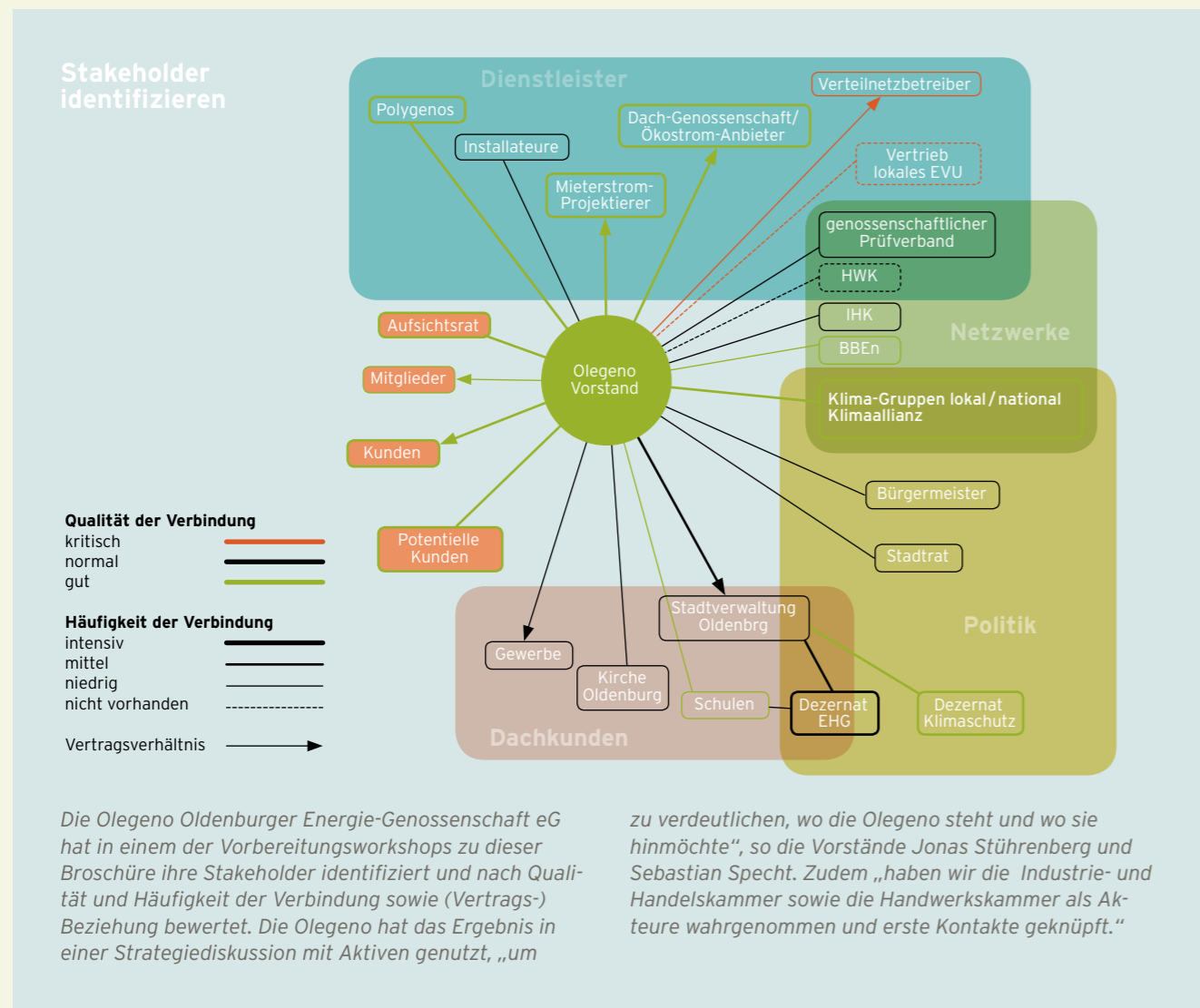
>>> **Maßnahmenplanung:** Nun erarbeiten Sie eine Umsetzungsstrategie: Sie priorisieren die Stakeholder, definieren realistische Ziele und planen geeignete Maßnahmen, um die

wichtigen Stakeholder zu gewinnen, einzubinden usw. Oder Sie beobachten bestimmte Gruppen wie z.B. Windkraftgegner*innen und deren Handeln, um entsprechend reagieren zu können. Sie entwickeln strukturierte Maßnahmen anhand folgender Fragen: Wer kommuniziert wann, wie, auf welchen Wegen mit wem?

>>> Monitoring: Am Ende messen Sie den Erfolg Ihres Handelns anhand von Indikatoren, die Sie vorher festgelegt haben. Wen haben Sie gewonnen oder überzeugt? Haben sich die Positionen einzelner Stakeholder verändert, sind neue Stakeholder hinzugekommen? Eventuell kann es sinnvoll sein, Ihre Strategie zu verändern.

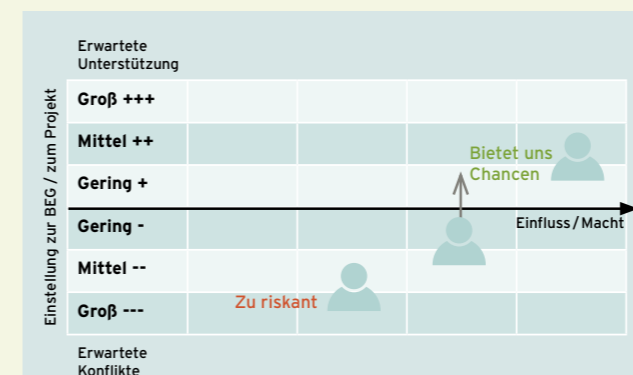
Schritt 1: Stakeholder identifizieren

Wollen Sie mehr Aktive zur Mitarbeit gewinnen? Möchten Sie mögliche Multiplikator*innen identifizieren oder ein Gesamtbild der wichtigen Stakeholder? Das entscheiden Sie in Schritt 1. Häufig ist der Übergang zu Schritt 2, der Analyse, fließend.



Schritt 2: Stakeholder analysieren und bewerten

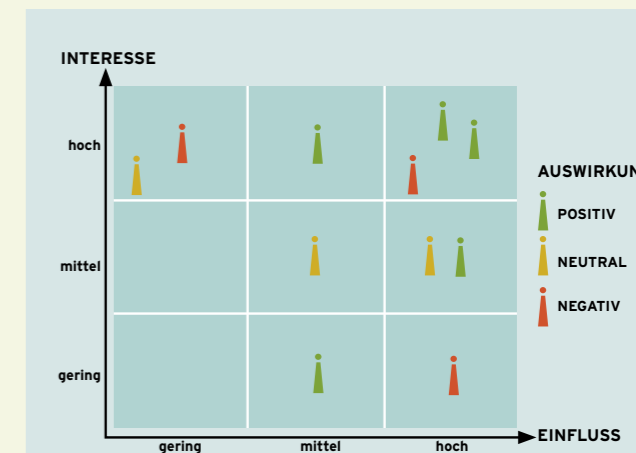
Sie können verschiedene Instrumente nutzen, um zu qualitativen Aussagen über Ihre Stakeholder zu kommen. Im **Stakeholder-Portfolio** analysieren Sie verschiedene Stakeholder nach deren Einstellung sowie Einfluss und Macht.



Eigene Abbildung, nach: Gessler, M: Kompetenzbasiertes Projektmanagement, 2009, S.96

Ein Beispiel: Der Vorstand einer Bürgerenergiegenossenschaft möchte das Geschäftsfeld E-Carsharing entwickeln und die drei Aufsichtsräte von der Idee überzeugen. Deren Einstellungen zum Geschäftsfeld sind sehr verschieden. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat signalisiert, dass er das Projekt befürwortet. Ein zweiter Aufsichtsrat schaut bei neuen Projekten auf die Risiken und meint, die Bürgerenergiegenossenschaft sollte sich in bewährten Bahnen bewegen. Die dritte Aufsichtsrätin schätzt der Vorstand leicht skeptisch ein. Aus der Analyse ergeben sich für den Vorstand verschiedene Optionen: Wie kann der Vorsitzende die anderen überzeugen? Mit welchen Argumenten ließe sich die Aufsichtsrätin gewinnen? Wie lässt sich die abwehrende Haltung des anderen Aufsichtsrates beeinflussen? Etwa, indem man Vorstand und Aufsichtsrat einer anderen Bürgerenergiegenossenschaft mit einem E-Carsharing-Projekt einlädt, um über ihre Erfahrungen zu berichten?

Eine andere Variante ist die Anordnung in einem Diagramm nach **Interesse und Einfluss**. Zudem kennzeichnen Sie farblich die Auswirkung des jeweiligen Stakeholders auf das Projekt.



Ein Beispiel: Die Pfarrerin möchte gerne eine Solaranlage auf dem Kitadach der Kirchengemeinde haben (hohes Interesse am Projekt, hoher Einfluss, grün). Der Vorsitzende des Kirchengemeinderates ist unterschieden dagegen (geringes Interesse, hoher Einfluss, rot). Nun ließen sich weitere Beteiligte analysieren, wie andere Personen im Kirchengemeinderat, der Bauausschuss, die Kita-Leiterin, Eltern, der Umweltbeauftragte im Kirchenkreis usw.

Schritt 3: Maßnahmen planen

- Bevor Sie mit der Planung der Maßnahmen beginnen, setzen Sie sich Ziele. Was wollen Sie bei welchen Stakeholdern erreichen? SMARTe Ziele sind
- Spezifisch:** Was genau wollen Sie erreichen (Ergebnis, Zustand usw.)?
- Messbar:** Wie können Sie die Zielerreichung messen?
- Attraktiv und ausführbar:** Ist das Ziel interessant? Ist es attraktiv und herausfordernd?
- Realistisch:** Können Sie das Ziel in der vorgegebenen Zeit, unter den gegebenen Bedingungen erreichen?
- Terminiert:** Bis wann wollen Sie das Ziel erreichen?

Es ist sinnvoll, die Maßnahmen strukturiert zu planen. Die folgenden Beispiele veranschaulichen ein mögliches Vorgehen in tabellarischer Form.

| Stakeholder (Rolle / Funktion) | Bezug zum Projekt / zur BEG | Primäre Ziele | -- | - | - | o | + | ++ | Maßnahmen |
|--------------------------------|-----------------------------------|---|----|---|---|---|---|----|--|
| Bürgermeister | Kunde Entscheider Meinungsbildner | Wiederwahl in 2021 Profilierung: Wir machen was beim Klimaschutz | | | | | x | | Persönliches Gespräch Projekt „Lokaler Klimagipfel“ Ladensäule vor dem Rathaus |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |

Ein Beispiel: Der Bürgermeister ist potentieller Kunde (Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Dächern, Ladensäule am Rathaus) sowie Entscheider und prägt das Meinungsbild im Ort, in der Verwaltung und dem Gemeinderat mit. Er will 2021 wiedergewählt werden und hat erkannt, dass die Themen Klimaschutz und Energiewende wichtig sind. Der Vorstand schätzt ihn mit einem „+“ gegenüber der BEG ein und strebt ein persönliches Gespräch an, um ihn für zwei Projekte zu gewinnen.

| Maßnahmen | Mail / Anruf | Persönliches Gespräch | Angebot | Nachhaken | Gespräch | Vertrag |
|------------------------------|---|--|---------|-----------|----------|---------|
| Landwirt*in Müller | Argumente / Wertversprechen Interesse Skepsis | | | | | |
| Gewerbetreibende*r Schneider | Termin vereinbart | Vorstellung Anlagenpacht Fokus: Rundum-sorglos-Paket | | | | |
| Kirchengemeinde Kita | Termin vereinbart | Gespräch Kita-leitung / Pfarrerin | | | | |

Auf Grundlage einer Stakeholder-Analyse (Tabelle oben) lassen sich die entsprechende Maßnahmen gut planen.

Schritt 4: Monitoring

Wie erfolgreich waren Sie mit Ihren Maßnahmen? Wie viele „neue“ Stakeholder wurden identifiziert und angesprochen? Mit welchen Akteur*innen ergeben sich konkrete Kooperationen? Der letzte Schritt wird leicht vergessen. Hier sollten Sie vorab Indikatoren definieren, die überprüft werden. Es lohnt sich immer, innezuhalten und zu analysieren, was Ihre

Erfolgskriterien waren, mit welchen Argumenten und Maßnahmen Sie überzeugen konnten oder auch, aus welchen Gründen Sie Ihr Projekt nicht realisieren konnten. So oder so: Sie nehmen wesentliche Informationen für die nächsten Projekte mit.

KAPITEL 3 Der Blick nach innen - interne Stakeholder

In diesem Kapitel geht es um den Blick nach innen, auf Vorstände, Aufsichtsräte, Aktive. Welche Kompetenzen braucht die Bürgerenergiegenossenschaft und wie bekommt sie diese? Wie kann sie so erfolgreich wachsen, dass auch bezahlte Arbeitskräfte eingestellt werden können? Wie gewinnt sie mehr Frauen? Wie spricht sie eine breite Bürgerschaft an und mobilisiert Menschen, die sich bisher nicht für das Thema interessiert haben? Und wie gründen engagierte Menschen eine Bürgerenergiegenossenschaft?

Menschen gewinnen, Personal entwickeln

Wachsen oder dümpeln? Um sich nachhaltig zu entwickeln, brauchen Bürgerenergiegenossenschaften bezahlte Kräfte und Aktive, die sich mit Freude an der Sache engagieren.

Wie geht es weiter? Vor dieser Frage stehen zahlreiche Bürgerenergiegenossenschaften. Zudem haben viele Bürgerenergiegenossenschaften ein „Generationenthema“. Vorstände und Aufsichtsräte sind älter und männlich. Aktive Frauen sind unterrepräsentiert. Nur acht Prozent der Vorstände sind laut Studien weiblich. Junge Menschen einzubinden gelingt nur wenigen Bürgerenergiegenossenschaften, wobei hier gezielte Kommunikationskampagnen Erfolge zeigen. Woher bekommt sie die nötigen Kompetenzen und Personen? Die Antwort ist häufig offen.

Das Ehrenamtsdilemma

Mit der meist ehrenamtlichen Struktur stehen die Bürgerenergiegenossenschaften vor einem Dilemma, wenn sie sich erfolgreich weiterentwickeln wollen. Sie haben zum einen begrenzte Ressourcen und Kapazitäten. Zum anderen sind neue, komplexere Projekte aufwendig und erfordern neue fachliche Qualifikationen und ausreichend zeitliche Ressourcen.

Der Weg zu bezahlten Kräften

„Die Hauptamtlichkeit ist der entscheidende Schritt. Dann lassen sich Geschäftsfelder entwickeln und kontinuierlich Projekte gewinnen. Sonst ist immer die Zeit der limitierende Faktor“, sagt Felix Schäfer, Vorstand der Bürgerwerke eG, die fast 100 Bürgerenergiegenossenschaften in ihrer Mitgliedschaft haben.

Allerdings gibt es beim Ziel hin zu hauptamtlichen Strukturen, die professioneller und stabiler aufgestellt sind, Hindernisse zu überwinden. Es erfordert die Bereitschaft der Verantwortlichen, Risiken einzugehen und in die Zukunft zu investieren. Wie finanzieren sie die Kräfte vor? Über Risikokapital

interessierter Mitglieder oder Kredite bei der Bank? Wann rechnet sich die Investition in Personal? Sind Vorstand und Aufsichtsrat dazu bereit? Wer kann Treiber*in der Entwicklung sein? Setzen die Bürgerenergiegenossenschaften auf hohe Dividenden oder Wachstum? Sind die Geschäftsmodelle vielversprechend?

In der Praxis realisieren Bürgerenergiegenossenschaften verschiedene Lösungsansätze. Ein erster Schritt ist, den Vorstand zu entlasten, um mehr Zeit für die Weiterentwicklung der Bürgerenergiegenossenschaft zu gewinnen. Das heißt zum Beispiel, für Verwaltung, Mitgliederkommunikation, Marketing und andere Tätigkeiten Aktive oder Minijobber*innen zu gewinnen. Andere Bürgerenergiegenossenschaften beschäftigen Freischaffende nach Stundensatz oder auf Erfolgsbasis. Vergütet wird etwa ein Anteil an der Projektentwicklung, die Werbung von Stromkunden usw. Das Provisionsmodell lässt sich auch für externe Dienstleister anwenden. Eine weitere Möglichkeit ist die Zusammenarbeit mit externen Partnern, die Vorlaufkosten übernehmen. Manche Bürgerenergiegenossenschaften erschließen sich zusätzliche Mittel, etwa aus Leader-Programmen oder Fördermitteln. Schließlich gibt es das Modell „Personal teilen“, etwa in einer Dachgenossenschaft oder über eine Vereinbarung zwischen Bürgerenergiegenossenschaften.

Gründung von Servicetöchtern

Ein Modell, das einige Bürgerenergiegenossenschaften erfolgreich beschritten haben, ist die Gründung von Servicetöchtern. Diese entwickeln mit festangestellten Kräften neue Projekte oder übernehmen Dienstleistungen für die Bürgerenergiegenossenschaft. So wird finanzielles Risiko aus der

| Erforderliche Kompetenzen | voll vorhanden | vorhanden | leichte Defizite | große Lücken |
|------------------------------|-------------------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| Marketing & Vertrieb | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Projektentwicklung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Energietechnik | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Energiewirtschaft- und recht | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Steuern & Recht | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| PR & Öffentlichkeitsarbeit | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Finanzen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Strategie & Entwicklung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Bürgerenergiegenossenschaft ausgelagert. Die Bilanz wird nicht belastet und die Dividende ist nicht gefährdet. Im Worst Case, etwa wenn die Tochter-GmbH nicht erfolgreich ist, geht allerdings das Stammkapital verloren.

Praktisch kann das so funktionieren: Für die Projektakquise und -entwicklung stellt die Tochtergesellschaft Leistungen in Rechnung. Diese Kosten werden in die Gesamtkalkulation der einzelnen Projekte eingerechnet. Die realisierten Anlagen sind im Besitz der Bürgerenergiegenossenschaft, die somit höhere Erträge erzielt.

Kompetenzen ermitteln

Ein erster Schritt beim Thema Mitarbeiter*innen ist die Frage: Welche Kompetenzen gibt es in der Bürgerenergiegenossenschaft und welche braucht sie? Welche Qualifikationen bringen die Verantwortlichen mit? Welche fehlen für die Entwicklung?

DIE BÜRGERENERGIEGENOSSENSCHAFT WEITER PROFESSIONALISIEREN - NEUN ZENTRALE FRAGEN

1. Haben Sie Wachstumsziele für die nächsten Jahre? Wenn ja, welche? Sind sie vorsichtig, konservativ, ambitioniert ...?
2. Haben Sie Geschäftsfelder identifiziert, in denen Sie wachsen wollen?
3. Was sind Ihre Ziele beim Thema Personal?
4. Was erwarten Sie sich von bezahlten Kräften? Welchen Nutzen sollen sie in welchen Bereichen wie z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederbetreuung, Projektentwicklung erzielen? (Vorstände entlasten, Dienstleistungen erbringen, neue Geschäftsfelder erschließen, Kunden gewinnen, Projekte auf den Weg bringen...)
5. Mit welchen Geschäftstätigkeiten können Sie welche Einnahmen erzielen, um die Kräfte zu finanzieren?
6. Welche Aufgaben sollen die bezahlten Kräfte konkret übernehmen?
7. Welche Profile brauchen Sie? Was sollten die Personen können? (Fachliche Kompetenzen, Teamfähigkeit, Begeisterung für die Bürgerenergie, Flexibilität usw.)
8. Wie gewinnen Sie die richtigen Personen?
9. An welchem der Punkte zwischen 1 und 8 stehen Sie? Was sind die nächsten drei Schritte?

Aktive gewinnen

Hier ist ein mögliches Vorgehen für Verantwortliche von Bürgerenergiegenossenschaften skizziert, das mit einer Reflexion der eigenen Attraktivität als Bürgerenergiegenossenschaft beginnt.

Was macht Ihre Bürgerenergiegenossenschaft attraktiv? Welche Eigenschaften schreiben Sie sich zu? Sind Sie eingefahren, innenorientiert, müde, unsicher oder eher lebendig, aktiv, engagiert, zukunftsorientiert, vor Ort verwurzelt? Ermitteln Sie auch das Fremdbild: Wie nehmen interessierte Personen Sie wahr, etwa wenn sie auf Ihre Website oder zur Arbeitssitzung des Vorstands kommen?

Erforschen Sie die Motive Ihrer Aktiven! Was erwarten sich Menschen, wenn Sie sich bei Ihnen engagieren? Fragen Sie die Aktiven in Ihrer Bürgerenergiegenossenschaft? Und fragen Sie sich: Können wir das bieten, was von uns erwartet wird?

Kommunizieren Sie aktiv, was Sie zu bieten haben: Welchen ideellen bzw. materiellen Gewinn können Aktive aus dem Engagement bei Ihnen ziehen? Gemeinsam Sinnvolles tun, ein motiviertes Team, Spaß, Neues dazulernen, berufliche Chancen, neue Qualifikationen, Entgelt. Welche konkreten Beteiligungsangebote haben Sie?

Definieren Sie Aufgaben und Umfang: Klären Sie intern eine effiziente Arbeitsstruktur, das heißt, welche Tätigkeiten Sie auslagern möchten, sei es bezahlt oder auf freiwilliger Basis. Menschen möchten wissen, was genau von Ihnen gewünscht wird und wie viel Zeit dies benötigt, bevor sie mitmachen: „Wir suchen jemand für die Stromkundenwerbung“ ist eine andere Botschaft als: „Hast Du Lust, einmal im Monat vier Stunden auf dem Wochenmarkt Menschen für unseren Bürgerstrom zu gewinnen?“ Die folgende Tabelle kann dabei ein Hilfsmittel sein.

| Arbeitspaket | Aufgabe konkret | Umfang (Stunden/Monat) wie lange? | Gratifikation | Was soll die Person können? | Wie finden wir die Person? |
|-------------------------------|-----------------|-----------------------------------|---------------|-----------------------------|----------------------------|
| Newsletter erstellen | | | | | |
| Stromkunden gewinnen | | | | | |
| Mitgliederverwaltung | | | | | |
| Kontakt zu Fridays for Future | | | | | |
| Politiker*innen ansprechen | | | | | |

Warum geschlechtergerechte Bürgerenergiegenossenschaften?

„Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit in der Energiewende sind gemeinsam zu berücksichtigen“, sagt Katharina Habersbrunner, Bereichsleiterin für Klima und Energie bei Women Engage for a Common Future (WECF) und Vorständin im Bündnis Bürgerenergie.

Bürgerenergiegenossenschaften bieten Partizipation

Der Anteil der erneuerbaren Energien steigt stetig, im ersten Halbjahr 2020 wurden mehr als 55 Prozent des Stroms in Deutschland aus Erneuerbaren produziert. Dies ist vor allem auf die Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zurückzuführen, das zu einem deutlichen Anstieg an Marktteilnehmer*innen führte. Laut Agentur für Erneuerbare Energien unterstützen etwa 93 Prozent der Menschen in Deutschland den Ausbau erneuerbarer Energien. Damit aus einer prinzipiellen Befürwortung auch echte Beteiligung wird, ist die Partizipation aller relevanten Akteur*innen grundlegend. Das große Interesse der Bevölkerung am Ausbau der erneuerbaren Energien zeigt sich in der hohen Partizipation in Bürgerenergiegenossenschaften. Sie zeigen das Potential, ökologische Probleme zu bewältigen, Klimaschutzaktivitäten zu fördern und als Teil der organisierten Zivilgesellschaft ein zukunftsfähiges Energiesystem zu erreichen. Sie agieren dabei als soziale, technische, öko-soziale, politische und wirtschaftliche Akteur*innen. Wie konkret gehen sie vor und welche Bevölkerungsgruppen binden sie aktiv ein? Spielt Geschlechtergerechtigkeit eine Rolle und wie inklusiv oder exklusiv sind Bürgerenergiegenossenschaften?

Gender?

Bisher ist der gesamte Energiesektor deutlich von Männern dominiert. So sind im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages von 49 Mitgliedern nur acht Frauen. Gleichzeitig zeigen Erhebungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Frauen als tendenziell nachhaltigere Verbraucherinnen, die sensibler für ökologische und gesundheitliche Belange sind. Sie sind eher bereit, zu recyceln, Bio-Produkte zu kaufen, sie legen höheren Wert auf energieeffiziente Verkehrsmittel und benutzen im Allgemeinen eher öffentliche Verkehrsmittel

als Männer. Frauen sind damit Schlüsselakteurinnen bei der Transformation hin zu einem nachhaltigeren Energiesystem. Auch die Umverteilung von Macht- und Entscheidungsmöglichkeiten in der Energieversorgung - von einem zentralen, konzerngeprägten Energiesystem hin zu einem dezentralen, erneuerbaren und demokratischen - ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiesystemwende. Daher ist relevant, wie Bürgerenergiegenossenschaften selbst Macht- und Entscheidungsmöglichkeiten verteilen und wie sie agieren. Berücksichtigen sie neue Perspektiven und mobilisieren bisher energiepolitisch inaktive Bevölkerungsgruppen?

Gender und das Einbinden von mehr Frauen werden bisher von Bürgerenergiegenossenschaften noch wenig betrachtet und sind kaum sichtbar. Dabei sind die Chancen für eine Energiesystemwende enorm. Mit Geschlechtergerechtigkeit als Menschenrecht für gleiche Partizipation, Sichtbarkeit und Empowerment aller Bürger*innen im Energiebereich könnte die Energiewende erfolgreicher und schneller umgesetzt werden. Die fehlende Einbindung von Genderaspekten in der Energiepolitik birgt die Gefahr, dass ineffiziente und ausschließende Energiestrategien und technische Lösungen entstehen. Dies behindert die Energiewende, da eine große Gruppe an Nutzer*innen durch Maßnahmen, die Genderfragen nicht berücksichtigen, nicht angesprochen wird.

Was können Bürgerenergiegenossenschaften machen?

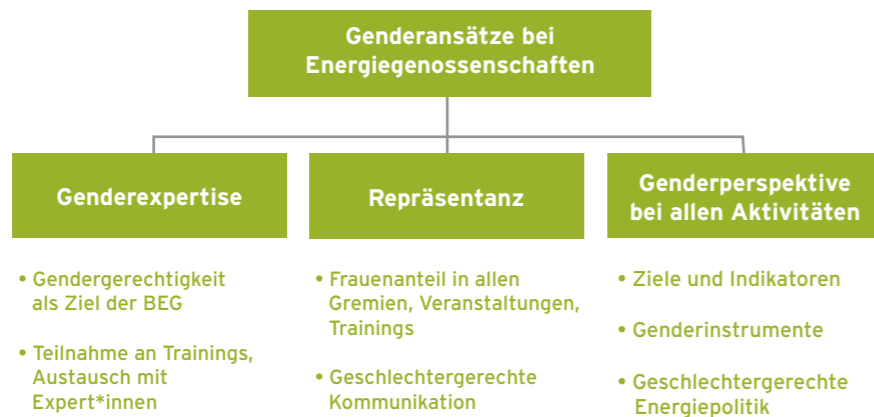
Bürgerenergiegenossenschaften haben viele Handlungsmöglichkeiten. Sobald Geschlechtergerechtigkeit überhaupt als relevantes Ziel definiert ist, können sie konkrete Maßnahmen umsetzen. Der Aufbau von Gender-Expertise ist ein erster Schritt. Das Bündnis Bürgerenergie hat hierzu im April ein Online-Seminar organisiert und bietet auch eine Liste von Expertinnen und Sprecherinnen aus dem Energiebereich.

Eine höhere Repräsentanz von Frauen in Vorstand und Aufsichtsrat, bei Veranstaltungen oder als Sprecherinnen kann in der Satzung geregelt werden.

Ebenso wichtig ist eine geschlechtergerechte Kommunikation. Sprache und Kommunikation prägen, wie wir denken, was wir sehen und hören und für möglich halten. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen aller Geschlechter sichtbar sind. Eine geschlechtergerechte Kommunikation zeigt Wertschätzung für Frauen, Männer und Inter*/Trans*/Divers, indem alle Geschlechter erscheinen. Geschlechtergerechte Kommunikation beschränkt sich nicht auf die Sprache allein. Sie zeigt sich z.B. auch in der Auswahl von Bildern oder Beispielen. Oft sehen wir im Energiebereich Bilder und Filme mit mehrheitlich Männern oder 'männlichen' Piktogrammen. Hier hat die Heidelberger Energiegenossenschaft die erfolgreiche Kampagne „Sonnenstadt Heidelberg“ (mehr dazu in Kapitel 4) gestartet, um vielfältige Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Das Anwenden von Gender-Ansätzen für

alle Aktivitäten einer Bürgerenergiegenossenschaft führt mittel- und langfristig zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Es kann den Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft steigern, es werden „Girls-Days“ und Informationsveranstaltungen für Frauen organisiert und Forderungen für eine integrative und genderbewusste Energiepolitik formuliert. Mehr Gender-Bewusstsein und konkrete Maßnahmen bei Bürgerenergiegenossenschaft fordern eine kohärente Energie-, Klima- und Genderpolitik ein. Vielen Programmen (Klimaschutzplan, European Green Deal) mangelt es an Genderperspektiven.

Mit einer geschlechtergerechten Bürger*innen-Energiewende können wir heute das „Richtige“ tun und ermöglichen einen nachhaltigen Strukturwandel und eine gerechte und resiliente Gesellschaft. Eine Energiewende, die für alle funktionieren soll, kann nicht ohne Frauen entworfen werden. Wenn die Energiewende schnell genug sein soll, um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist die Partizipation aller Bevölkerungsgruppen der einzig machbare Weg.



Katharina Habersbrunner engagiert sich national und international für dezentrale Energiesysteme und nachhaltige Geschäftsmodelle. Als Bereichsleiterin für Klima und Energie bei Women Engage for a Common Future (WECF) setzt sie sozial- und geschlechtergerechte Klima- und Energieprojekte in Afrika, Zentralasien und Osteuropa um. Als ehrenamtliches Vorstandsmitglied der Energiegenossenschaft BENG eG und im Bündnis Bürgerenergie e.V. realisiert sie auch konkrete erneuerbare Energieprojekte in Deutschland und engagiert sich für gute politische Rahmenbedingungen einer dezentralen Bürger*innen-Energiewende.

In sieben Schritten zur Bürgerenergiegenossenschaft

Wie können engagierte Menschen angesichts der Klimakrise die Energiewende vor Ort gemeinsam voranbringen? Besonders beliebt sind Bürgerenergiegenossenschaften. Hier bekommen Gründungsinteressierte einen Überblick, wie sie von der Idee zur Gründung kommen.

1. Eine Gründungsgruppe macht sich auf den Weg

Am Anfang steht die Suche nach Verbündeten. Wer möchte die Idee mit Ihnen voranbringen? Wer sind mögliche Kooperationspartner? Sie klären zudem die Chancen. Welche Projekte sind möglich? Welchen Nutzen soll die Bürgerenergiegenossenschaft generieren?

2. Sie entwickeln eine Geschäftsidee

Sie erarbeiten die gemeinsame, wirtschaftlich tragfähige Idee. Und Sie planen erste Projekte: Wollen Sie Solarenergie produzieren, Wärme liefern, Ökostrom vertreiben, ein E-Car-sharing-Projekt umsetzen? Entscheidend ist: Ihre Geschäftsidee ist so tragfähig, dass Sie Überschüsse erwirtschaften und die Bürgerenergiegenossenschaft wachsen kann und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

3. Sie bereiten die Gründungsprüfung vor

Jede Bürgerenergiegenossenschaft in Deutschland muss Mitglied in einem gesetzlichen Prüfungsverband (Genossenschaftsverband) sein, der auch die Gründungsprüfung durchführt. Fragen Sie bestehende Bürgerenergiegenossenschaften, wer die Gründung schnell, kostengünstig und kompetent unterstützt.

4. Sie erarbeiten die Satzung

Ein griffiger Name, der Zweck der Bürgerenergiegenossenschaft, die Höhe des Genossenschaftsanteils, wer entscheidet was? Das Genossenschaftsgesetz regelt, was eine Satzung zu enthalten hat. Halten Sie Ihre Satzung kurz und überlegen Sie, was Sie ergänzend regeln möchten.

5. Sie erstellen den Business- oder Geschäftsplan

Der Businessplan ist das Kernstück Ihrer Gründung und wichtige Grundlage der Gründungsprüfung. Sie konkretisieren hier Ihre Geschäftsidee und wie Sie diese umsetzen wollen: Sie erstellen einen Investitionsplan, kalkulieren Aufwände und Erträge und planen erste konkrete Projekte.

6. Sie gründen die Bürgerenergiegenossenschaft

Sie laden über die Presse zur Gründungsversammlung ein. So wecken Sie das öffentliche Interesse und gewinnen früh Aktive und Mitglieder. Nach der Gründung bringen Sie die Prüfung sowie die Eintragung auf den Weg.

PRAXISTIPP

Nutzen Sie die Checklisten der Prüfverbände: tinyurl.com/bwgv-checklisten

Wählen Sie einen griffigen Namen, ein einprägsames Logo und ein prägnantes Motto, das Ihre Grundidee kommuniziert. Die Energiegenossenschaft Starkenburg beispielsweise spielt virtuos mit dem Begriff stark: SolarSTARK, WindSTARK, STARKstrom.



7. Sie managen den Geschäftsbetrieb

Jetzt geht es richtig los. Überlegen Sie, wie Sie Projekte entwickeln und umsetzen, die Bürgerenergiegenossenschaft bekannt machen, Aktive und Mitglieder gewinnen. Wer macht die Arbeit und wer ist für was verantwortlich: Projektierung, Mitgliederverwaltung, Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit usw.?



In der Broschüre BÜRGER MACHEN ENERGIE des Umweltministeriums Rheinland-Pfalz sind die sieben Gründungsschritte genau beschrieben. tinyurl.com/buermachenenergie

KAPITEL 4

Die Basis des Erfolgs – Menschen begeistern und gewinnen

Bürger*innen für die regionale Energiewende motivieren, Mitglieder und Stromkund*innen gewinnen, Bewohner*innen im Quartier für E-Carsharing begeistern: In diesem Kapitel geht es darum, wie Bürgerenergiegenossenschaften Menschen beteiligen. Ein Fokus: Wie können Bürgerenergiegenossenschaften und Fridays for Future erfolgreich kooperieren?



Heidelberg wird Sonnenstadt

Mehr Menschen für die Energiewende begeistern, Mitglieder und Stromkund*innen gewinnen und die Wirkung für die Energiewende erhöhen: Das wollte die Heidelberger Energiegenossenschaft (HEG) mit ihrer Kampagne „Heidelberg wird Sonnenstadt“ erreichen. Ein Projektbericht.



HEG-Vorständ*innen (v.l.) Laura Zöckler, Nicolai Ferchl und Andreas Gißler.



Jede*r Bürger*in kann sich als Mitglied der Genossenschaft selbst mit Energie versorgen. Und jedes Mitglied bringt Bürger*innenkapital für neue Energiewende-Projekte ein. Herzstück der Kampagne war diese Kreislaufargumentation. Dadurch wird die Grundidee einer Bürgerenergiegenossenschaft ohne technisches Verständnis (be)greifbar. Diese Darstellung der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft fand prominent Eingang in das Kampagnenmaterial und wird bis heute von der HEG genutzt.

Energiewende zum Anfassen

Für die Kampagne überarbeitete die HEG das gesamte Corporate Design. Heraus kamen ein modernes Logo, eine neue Farbpalette und eine neue Schriftart. Neue hochwertige Fotos zeigen sowohl sympathische Menschen als auch Solaranlagen. Das neue Design floss in Flyer, Plakate, Aufkleber und die neue Homepage ein (Link siehe Infobox).

Offizieller Startschuss der Kampagne war das Sommerfest im September 2018 im Quartier in der Heidelberger Südstadt, für das die HEG ein mehrfach ausgezeichnetes erneuerbares Energieversorgungskonzept entwickelt hatte.

Der perfekte Ort, um Besucher*innen „Energiewende zum Anfassen“ zu ermöglichen: Eine Photovoltaikanlage versorgt die Bewohner*innen des Quartiers mit Sonnenstrom vom eigenen Dach. Ergänzt wird das Mieterstrom-Modell durch einen Stromspeicher sowie eine E-Ladesäule. Der regionale Carsharing-Anbieter hat an einem der Ladepunkte eines seiner E-Autos stationiert.

In den folgenden acht Monaten fanden viele weitere Informationsveranstaltungen statt. Die HEG war auf Weihnachtsmärkten und verschiedenen Wochenmärkten in den Stadtteilen mit Ständen präsent. Freiwillige verteilten per Hand 30.000 Flyer an alle Heidelberger Haushalte. Die Bürgerenergiegenossenschaft schickte über 500 Pakete mit Info-Material an ihre Mitglieder und Stromkund*innen. Begleitet wurden die Aktivitäten von lokalen Werbekampagnen auf Google und Facebook.

Kampagne mit Wirkung

2018 und 2019 stieg die Mitgliederzahl um je 35 Prozent, davor waren es im Schnitt jährlich 16 Prozent. Die Zahl der Stromkund*innen wuchs noch stärker: 2018 um 57 und 2019 um 46 Prozent.

Qualitativ ist die Bekanntheit gestiegen. „Kommunale Politik und Verwaltung kommen inzwischen auf uns zu, wenn sie Lösungen für die Klimakrise suchen“, so HEG-Vorstand Nicolai Ferchl.

Botschafter*innen der Energiewende

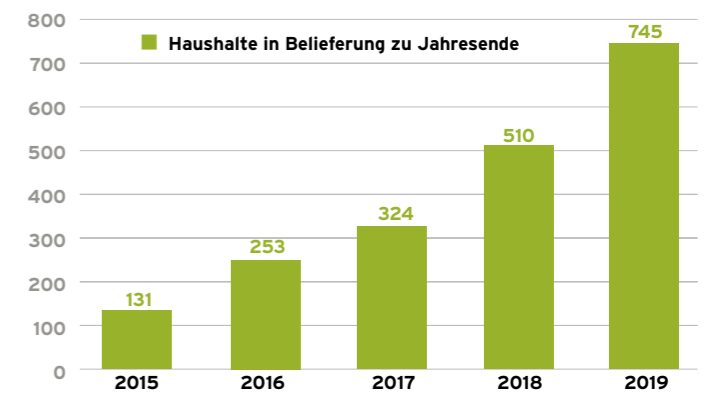
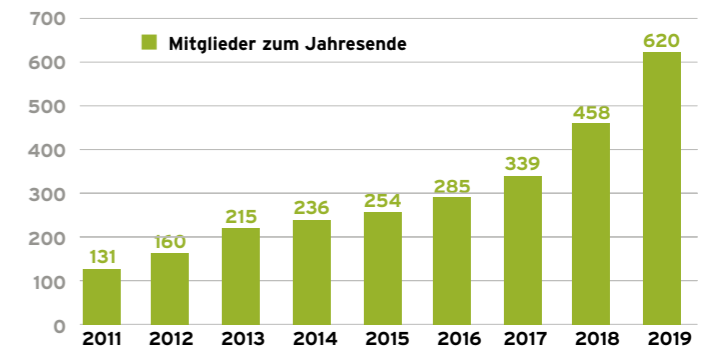
Zudem hat die HEG über die Kampagne eine Gruppe von Botschafter*innen gewonnen, die ehrenamtliche Aufgaben übernehmen, etwa Veranstaltungen plant oder begleitet. Die Genossenschaft hatte während der Kampagne interessierten Menschen „Botschafter-Schulungen“ angeboten. Gut 30 Personen aller Altersstufen, darunter auch Stadträt*innen, entwickelten gemeinsam Ideen, wie die HEG bekannter werden kann - ein wertvoller Beitrag, da neue Perspektiven und Netzwerke hinzukamen. „Energiewende statt Weltende!“, bringt Botschafterin Katharina Sahlender, Studentin an der PH Heidelberg, ihr Engagement auf den Punkt.

Hürden und Hindernisse

Kommunikative Projekte wie die Sonnenstadt-Kampagne erhalten im Tagesgeschäft einer in großen Teilen ehrenamtlichen Bürgerenergiegenossenschaft in der Regel wenig Aufmerksamkeit. Um solche Kampagnen über einen längeren Zeitraum abzuwickeln, sind neue Kapazitäten aufzubauen oder vorhandene umzustrukturieren. Dies bindet zum einen personelle Kapazitäten, um Konzepte zu entwickeln und Veranstaltungen zu planen und zu betreuen. Auf der anderen Seite sind auch finanzielle Mittel aufzubringen, die keine direkte, garantierte Rendite erwirtschaften, sondern teils erst mittelfristig für ein Wachstum der Unterstützer*innen sorgen.

Was hat die Kampagne gebracht?

Basis des Erfolgs waren die vielen Menschen, die sich in ihrer Freizeit für die regionale Energiewende engagierten. Für die Heidelberger Energiegenossenschaft ist ein Grundstein gelegt für das weitere Wachstum. Durch die gesteigerte Bekanntheit und das größere Netz an Multiplikator*innen geht es beim Mitglieder- und Kund*innenwachstum auf einem höheren Niveau weiter als vor 2018. Die erarbeiteten Materialien und Konzepte können jederzeit wieder genutzt werden. Die Genossenschaft wird als wichtiger Energiewende-Player in Heidelberg und Umgebung wahrgenommen. Dies zeigt sich in vermehrten Anfragen zur Projektentwicklung sowie von politischen Parteien oder Initiativen, die gemeinsam die Energiewende in Bürgerhand vorantreiben möchten.



KONTAKT

HEG Heidelberger Energiegenossenschaft eG
Postfach 120353, 69066 Heidelberg
info@heidelberger-energiegenossenschaft.de
Telefon: 06221/392 89 35

LINKS

sonnenstadt-heidelberg.de

Spannung, Spaß und Perspektiven: Bürgerenergie und „For-Future“-Gruppen

Gemeinsam gegen die Klimakrise. Bürgerenergie und „For-Future“-Gruppen haben die gleichen Ziele, da bieten sich gute Kooperationen an, wie Ulrike Schwarz (Parents for Future, München) und Philipp Veit (Fridays for Future, Mainz) im Interview erläutern.

Welche guten Gründe gibt es für eine Kooperation von Bürgerenergiegenossenschaften und „Fridays / Parents / Students for Future“ vor Ort?

Philipp Veit: Bürgerenergiegenossenschaften und die For-Future (FF) Gruppen verfolgen das gleiche Ziel des Klimaschutzes und teilen viele gemeinsame Werte. Der Grundgedanke, dass durch das Engagement von vielen Einzelpersonen für den Klimaschutz etwas bewegt werden kann, bringt sie zusammen. Die Energiewende in der Hand von Bürger*innen und nicht von großen Energiekonzernen ist bei beiden gemeinsames Leitbild.

Ulrike Schwarz: Die FF-Gruppen sind in erster Linie aktiv im Kommunizieren von Informationen. Weil Solarenergie durch politische Auflagen zu einer komplizierten Angelegenheit geworden ist, könnte sich eine Zusammenarbeit hier als ausgesprochen fruchtbar herausstellen. Meines Erachtens müssten alle FF-Gruppen mit ihren Mitgliedern sofort und geballt auf Bürgerenergie umsteigen.

Was können Energiegenossenschaften und FF-Aktive vor Ort gemeinsam tun?

Ulrike Schwarz: Deutlich auf das eigentliche Ziel aufmerksam machen - die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien bis 2030, hauptsächlich auf Solarenergie basierend. Am wichtigsten erscheint mir, Aktivist*innen zu Solarberater*innen auszubilden. Die Energiegenossenschaften können stärker aus dem Schatten heraustreten, dazu eignen sich Führungen, Info-Tage oder Feste, die man gemeinsam mit den FF-Gruppen organisiert.

Philipp Veit: Durch Kooperationen kann man gezielt lokale Projekte angehen. Beispiel: FF-Gruppen schlagen eine Solaranlage auf der lokalen Schule oder auf dem Rathaus vor und die Bürgerenergiegenossenschaft bietet an, diese zu finanzieren und zu bauen. So muss die Kommune nicht selbst investieren und bekommt noch Einnahmen durch die Solar-

anlage. Ohne den Druck der FF-Gruppen würde die Kommune vielleicht keine Anlage bauen.

Sind Schüler*innen- oder Schulgenossenschaften eine Möglichkeit?

Philipp Veit: Auf jeden Fall. Bei den Fridays sind viele junge Leute aktiv, die mit einer Schülergenossenschaft schon früh Einblicke in die Funktionsweise einer Genossenschaft erhalten können. So kann man kleine Projekte an der Schule voranbringen, die dem Klimaschutz dienen.

Ulrike Schwarz: Gerade jungen Leuten müssen solche Möglichkeiten an die Hand gegeben werden. Das setzt jedoch auch voraus, dass lokale Bürgerenergiegenossenschaft in Kontakt mit Schulen treten und die nötigen Informationen sowie Unterstützung mitbringen. Größere Genossenschaften könnten auch Praktika oder sogar Ausbildungsplätze anbieten.

Wie bekannt sind Bürgerenergiegenossenschaften bei FF-Aktiven?

Philipp Veit: Leider noch sehr unbekannt. Im Rahmen der Public Climate School habe ich die UrStrom-Bürgerenergiegenossenschaft an der Uni in Mainz vorgestellt. Für die meisten Studierenden war das ein ganz neues Thema. Auch ich habe leider erst 2017 das erste Mal von Bürgerenergie gehört.

Ulrike Schwarz: Sie sind bekannt, aber nicht bekannt genug. Die FF-Gruppen haben aber in den letzten Monaten einen Entwicklungsschritt in Richtung Vernetzung getan. Sie sind offen für neue Kontakte. Bei manchen FF-Gruppen hat es sich schon eingebürgert, Menschen mit neuen Ideen, Expert*innen oder andere Energiewende- bzw. Umweltgruppen zu den Meetings einzuladen. Dabei wird auch diskutiert, welche Vorteile eine bessere Zusammenarbeit haben könnte.



Viele Aktive in der Bürgerenergie sind älter. Wie kann man für junge Menschen, insbesondere junge Frauen, interessant werden, die sich für Klimaschutz interessieren?

Ulrike Schwarz: Junge Menschen kann man - ein bisschen wie beim Überraschungsei - mit drei wichtigen Ansätzen begeistern: Es muss etwas Spannendes sein. Es muss Spaß machen und dich mit anderen jungen Menschen in Kontakt bringen. Es muss Zukunftsperspektive bieten - vielleicht sogar im Ausland. Und Feste feiern. Na gut, das waren jetzt fünf Anforderungen ...

Philipp Veit: Ich bin mit meinen 30 Jahren der Jüngste in der Bürgerenergiegenossenschaft und leider ist der Frauenanteil in Vorstand und Aufsichtsrat überschaubar. Beim Thema Nachhaltigkeit ist es noch oft so, dass sich Frauen eher für Fair Fashion oder Zero Waste interessieren und Männer für Energie und Elektroautos. Aber Julia hat in der Kampagne #kannstduauch gezeigt, dass das Thema Energiewende spannend für junge Frauen sein kann (Link siehe Infobox). Sie hat sich zusammen mit anderen mit Energiesparen, richtigem Heizen, Balkonmodulen, Solarparks, Windrädern, Bürgerenergiegenossenschaften, E-Carsharing und vielem mehr beschäftigt.

Wie sollten Bürgerenergiegenossenschaften Kontakt aufnehmen?

Philipp Veit: Die meisten FF-Ortsgruppen haben eine Website oder eine Facebook-Seite, über die man sie kontaktieren kann. Man kommt auch bei einer Demo mit den Organisator*innen ins Gespräch oder kann anbieten, dort einen Redebeitrag über Bürgerenergie einzubringen.

Ulrike Schwarz: Bei den Parents for Future ist meist die Strategie-AG die Ansprechadresse. Dabei sollte man klare Wünsche und Erwartungen an die Zusammenarbeit formulieren. Günstig ist es, wenn man auch Angebote hat.

Übrigens sollte man Extinction Rebellion (XR) nicht vergessen - und schon gar nicht Lehrer*innen und Schüler*innen aller Schularten: Da sind kleine Erforschungsprojekte ebenso denkbar wie selbstgewählte Reportagen oder ein Wettbewerb, wie man sich die Stadt und das Dorf in der Energie-Zukunft vorstellt.



INTERVIEWPARTNER*INNEN

Ulrike Schwarz (47) war SchauspielerIn, ist heute Schriftstellerin, Mediävistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni Augsburg; und sie ist aktives Mitglied bei Parents for Future. Sie interessiert sich für Solarenergie und den sozial-ökologischen Wandel.

Philipp Veit (30) hat Chemie an der Uni Mainz studiert und arbeitet als Lokalassistent für eine Europa-Parlamentarierin. Er ist seit 2019 ehrenamtlicher Vorstand bei der UrStrom-Bürgerenergiegenossenschaft Mainz und hat Ende 2018 Fridays for Future Mainz mitgegründet.

LINKS
[instagram.com/kannstduauch/](https://www.instagram.com/kannstduauch/)

E-Carsharing in Bürgerhand

Wie Menschen in Quartier und Bürgerenergiegenossenschaften die Idee einer CO₂-freien Mobilität in Gemeinschaft umsetzen.



Ulrike und Peter Orth haben vor zwölf Jahren ihr Auto gegen ein Tandem getauscht und sind seitdem überzeugte Car-sharer. Seit Mitte 2014 leben sie mit anderen im Wohnprojekt VIS-a-VIS auf dem Mainzer Hartenberg und wollten einen Carsharingstandort im Quartier. Über private Kontakte erfuhren sie, dass die Mainzer Bürgerenergiegenossenschaft UrStrom ein Projekt „e-Carsharing in Bürgerhand“ plant. Klaus Grieger, Projektleiter von UrStromMobil stellte die Idee im Wohnprojekt vor – und so begann eine Erfolgsgeschichte. „E-Carsharing in Bürgerhand ist ein guter und konsequenter Schritt“, sagt Peter Orth. „Wir haben Stimmung und Werbung gemacht für die Idee“, ergänzt Ulrike Orth. Das Ehepaar stellte auch seinen Stellplatz am Wohnprojekt zur Verfügung.

Klimafreundlich mobil in Gemeinschaft

Für Klaus Grieger waren die Protagonisten aus den Wohnprojekten mit ihrem Enthusiasmus, ihrem Mut und ihrer Überzeugung entscheidender Erfolgsfaktor. Ein Auto hinstellen und den Tarif erklären reiche nicht. „Wir entwickeln E-Carsharing-Standorte nach Bedarf dort, wo es Interessent*innen gibt: Mieter*innen im Quartier, Hochschulen, Kommunen, Unternehmen“, beschreibt er die Rolle von UrStrom.

Auf dem Hartenberg übernahm UrStrom die gesamte Projektentwicklung, die Tarifgestaltung sowie die Abrechnung und versorgt die Ladesäule mit dem eigenen Ökostromprodukt UrStromPur. Ulrike Orth hat der große Einsatz der Bürgerenergiegenossenschaft beeindruckt. „Wir waren erstaunt, was es alles zur Vorbereitung brauchte und wie die UrStrom das umgesetzt hat.“

UrStromMobil startet

Im Juni 2018 - nach 18 Monaten Planung - wurde die erste E-Carsharing-Station mit zwei vollelektrischen Renault ZOE und einer Ladesäule bei den Wohnprojekten VIS-a-VIS und „Am Cavalier Holstein“ in Betrieb genommen. Sechs E-Carsharing-Nutzer*innen haben mittlerweile ihr Auto verkauft. Gaby Engels ist eine von ihnen. Keine Reparaturen, kein Tanken, kein Parkplatzsuchen. „Ich muss kein Geld mehr für ein Auto ausgeben, das im Unterhalt noch Arbeit macht“, sagt sie zufrieden.

Mit der Mobilität von morgen heute beginnen

Mittlerweile hat die UrStrom in Mainz vier Standorte, etabliert mit anderen Bürgerenergiegenossenschaften die genossenschaftliche Marke „e-Carsharing in Bürgerhand“ (eCB) und baut eine entsprechende, professionelle Plattform dafür auf. Sie war Gründungsmitglied der europäischen E-Carsharing-Dachgenossenschaft „The Mobility Factory“. Der nächste große Meilenstein ist die Gründung der deutschen Dachgenossenschaft für E-Mobilität vianova eG (Link siehe Infobox) im August 2020. Eine Idee zieht weite Kreise.

KONTAKT

UrStrom BürgerEnergieGenossenschaft Mainz eG
 Telefon: 06131 / 5844-720
 info@urstrom-mobil.de
urstrom.de/e-carsharing

LINKS

vianova.coop



KAPITEL 5 Energiewende gemeinsam – Kommune, Stadtwerk und Landkreis als Partner*innen

Die Ziele sind die gleichen: Wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz, die Wertschöpfung in der Region halten und eine dezentrale und erneuerbare Energieversorgung. Welche Chancen sich eröffnen, wenn Bürgerenergiegenossenschaften, Kommunen und Stadtwerke oder Akteur*innen eines Landkreises an einem Strang ziehen, ist Thema dieses Kapitels.

Gemeinsam stärker: Kommunen und Bürger- energiegenossenschaften

Bürgerenergiegenossenschaften, Städte und Gemeinden haben oft gemeinsame Ziele: Wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz und eine Energieversorgung, die erneuerbar und lokal verankert ist.

Für Bürgerenergiegenossenschaften sind Kommunen als Stakeholder in mehreren Rollen wichtig - als Kooperationspartner*innen, Kund*innen, Multiplikator*innen sowie Planungs- und Genehmigungsinstanz. (Ober)Bürgermeister*innen, Stadt- und Gemeindeparlamente u.a. beeinflussen das öffentliche Meinungsbild zur Energiewende oder zu einzelnen Projekten wie zum Beispiel Windparks. Deshalb lohnt es sich, ein Bild der wesentlichen Personen und Institutionen in der Kommune zu machen. Dazu gehören Klimaschutzmanager*innen (siehe Text Seite 28), Umweltämter, die Wirtschaftsförderung, kommunale Zweckbetriebe mit für Photovoltaik-Projekte interessanten Dächern. (z.B. Bauhöfe, Klärwerke) usw.

Gute Gründe der Zusammenarbeit

Die folgenden attraktiven Gründe für die Kooperation von Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften stammen aus der Broschüre „GEMEINSAM STÄRKER“ des Landesnetzwerks Bürgerenergiegenossenschaften Rheinland-Pfalz e.V.

Die Wertschöpfung bleibt in der Region

Der Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien schafft und sichert Arbeitsplätze bei Handwerker*innen, Solarbetrieben, Architekturbüros usw. und generiert neue Gewerbesteuerentnahmen in den Kommunen.

Bürgerenergiegenossenschaften beschaffen Kapital für die Energiewende

Die Mitglieder von Bürgerenergiegenossenschaften finanzieren mit ihren Anteilen bzw. Nachrangdarlehen Projekte, für die Kommunen möglicherweise keine eigenen Mittel haben. So hat die Bürgergenossenschaft Rheinhessen eG (Link siehe Infobox) für mehrere Kommunen die Straßenbeleuchtung energieeffizient umgerüstet.

Die Akzeptanz der Energiewende steigt

Bürgerenergiegenossenschaften tragen dazu bei, durch echte Teilhabe die Akzeptanz und die Motivation für die Energiewende vor Ort zu steigern. Sie beteiligen Bürger*innen direkt an Projekten, können durch Transparenz Vertrauen schaffen und machen die ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile greifbar.

Vielfältige Synergien entstehen

Die Verantwortlichen einer Bürgerenergiegenossenschaft bringen Expertise in Technik, Projektierung, Finanzierung und Beteiligung sowie Engagement mit. Kommunen steuern z.B. verwaltungs- und abwicklungstechnisches Know-how mit zur Kooperation bei. Sie können auch den Zugang zu Fördermitteln eröffnen und eigene Förderprogramme ausloben.

Bürgerschaftliches Engagement wird gebündelt

Bürgerenergiegenossenschaften motivieren und beteiligen Bürger*innen an gemeinsamen Vorhaben. Sie gestalten Projekte der Energiewende in einer demokratischen und krisensicheren Unternehmensform.

Lebensalltag Kommune

Große und kleine Kommunen sind Orte, in denen der Lebensalltag stattfindet, wo Bürger*innen - im Idealfall - nahe an den Politikentscheidungen sind. Bürger*innen können Einfluss nehmen als Expert*innen und Aktivist*innen.

Kommunen profitieren wirtschaftlich

Städte und Gemeinden erzielen Steuereinnahmen und erhalten Pacht für kommunale Flächen (z.B. bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage oder einem Windpark). Sie sparen Energiekosten durch den Eigenverbrauch von Solarstrom auf kommunalen Dächern. Sie beziehen günstigen Ökostrom und

„Echte Teilhabe steigert die Akzeptanz und die Motivation für die Energiewende vor Ort.“

steigern die Energieeffizienz (z.B. durch moderne Gebäudetechnik). Durch die regionale Energieproduktion werden sie unabhängiger und resilienter. Die Energiegenossenschaft Odenwald baut sogar Kindertagesstätten für Kommunen (Link siehe Infobox).

Höhere Attraktivität und Identifikation

Schließlich werden Orte für ihre Bewohner*innen durch Bürgerenergieprojekte attraktiver, wenn zum Beispiel im ländlichen Raum das genossenschaftliche E-Carsharingprojekt den fehlenden öffentlichen Nahverkehr kompensiert. Oder wenn die örtliche Bürgerenergiegenossenschaft ein Nahwärmenetz aufbaut und parallel Glasfaserkabel für schnelles Internet verlegt, wie in Erfurtshausen in Hessen (Link siehe Infobox).

Wie die Kooperation praktisch funktioniert

In der Praxis gibt es zahlreiche Formen der Zusammenarbeit:

- Kommunalpolitiker*innen und Kommunen initiieren selbst Bürgerenergiegenossenschaften oder werden selbst Mitglied.
- Bürgermeister*innen, Ortsvorstand, Kommunalpolitiker*innen arbeiten eng mit der Bürgerenergiegenossenschaft zusammen und/oder sind als Vorstände und Aufsichtsräte aktiv.
- Kommunen verpachten gemeindeeigene Dächer und Flächen für Erneuerbare-Energien-Anlagen.
- Bürgerenergiegenossenschaften und Kommunen planen, bauen und betreiben Anlagen gemeinsam, wie beim Bürgerwindpark Südliche Ortenau (Link siehe Infobox).
- Kommunen stellen gemeindeeigene Wegeflächen für Zuwegung und Kabelverlegung zur Verfügung.
- Sie unterstützen die BEG bei der Öffentlichkeitsarbeit, der Verwaltung oder mit Büroräumen oder weiteren Dienstleistungen.



Nutzen Sie die guten Gründe für eine Zusammenarbeit, um mögliche Ansprechpartner*innen vom Gewinn einer Kooperation zu überzeugen. Und überlegen Sie für Ihre Bürgerenergiegenossenschaft, welche Formen der Kooperation Sie anstreben. Als kostenfreier Download unter laneg.de/downloads/

Hier finden Sie praktische Beispiele der Kooperation mit Kommunen: tinyurl.com/mit-Kommunen

LINKS

buergergenossenschaft-rheinhessen.de
tinyurl.com/KITA-Griesheim
tinyurl.com/Erfurtshausen
tinyurl.com/suedliche-Ortenau



Wärme, Strom und E-Mobilität

Die Bürgerenergiegenossenschaft WeilerWärme eG aus Pfalzgrafeweiler im Schwarzwald arbeitet an einem unabhängigen, umweltschonenden Energiekonzept und kooperiert eng mit der Kommune.



Die WeilerWärme eG hat ein Wärmenetz im Ort auf den Weg gebracht.

Das Lob ist gegenseitig. „Es gibt enge Bindungen. Ich bin froh, dass der Kämmerer ein Mitstreiter ist“, sagt Klaus Gall, Vorstand der WeilerWärme. „Wir haben viel zusammen gemacht und voneinander profitiert“, sagt Reinhold Möhrle, Kämmerer der Stadt Pfalzgrafeweiler und gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Bürgerenergiegenossenschaft. Mit viel Mut und Engagement haben die Beteiligten ein Gesamtkonzept nachhaltiger Energiegewinnung und -versorgung umgesetzt.

WeilerWärme: Die Nahwärme

Mehr als 600 Gebäude sind im größten Bioenergiedorf Baden-Württembergs mittlerweile an das über 37 Kilometer lange Wärmenetz angeschlossen, in den Teilgemeinden plant die WeilerWärme Mikrowärmenetze. Die Wertschöpfung bleibt größtenteils vor Ort. Auf über fünf Millionen Euro wird der wirtschaftliche Mehrwert für die Region zwischen 2008 und 2017 im Unternehmensbericht der WeilerWärme beziffert (Link siehe Infobox).

Die Kommune ist größter Abnehmer mit etwa zehn Prozent des Wärmeumsatzes. Aktuell sind zwölf Liegenschaften im Kernort ans Wärmenetz angeschlossen, darunter Schulzentrum, Sporthalle, Rathaus, Hallen- und Freibad. „Wir haben ein Rundum-Sorglos-Paket. Wir brauchen keine Heizungen in den Liegenschaften zu erneuern. Wir haben keine Wartung, müssen nicht ständig den Heizölpreis beobachten“, meint Kämmerer Möhrle. Berücksichtige man Abschreibungen, Zinsen, Wartung und Beschaffungskosten, sei Nahwärme immer günstiger. Die WeilerWärme versorgt die Kommune auch mit kostengünstigem Strom über die 100 Kilowatt Spit-

zenleistung Photovoltaik-Anlage auf dem Schuldach. 38.000 Euro Stromkosten hat die Gemeinde so zwischen 2015 und 2018 eingespart.

Seit 2010 liefert die WeilerWärme gratis Wärme für das örtliche Freibad, bis 2017 200 Megawattstunden, seitdem 100 Megawattstunden im Jahr. „Wir haben den Luxus, dass wir unser Wasser auf 26 Grad aufheizen können“, sagt Reinhold Möhrle. Im Sommer habe das Freibad einen Riesenzulauf, bis zu 2.400 Personen kommen täglich. Die Kommune erzielt mehr Einnahmen und spart Heizkosten. Die WeilerWärme gibt den Wärmeüberschuss im Sommer, weil das Holzhackschnittel-Kraftwerk durchläuft, an die Bevölkerung weiter.

WeilerMobil: E-Carsharing

Mitten im Ort, zwischen Rathaus und Sozialstation, stehen sechs E-Autos aus der Flotte von knapp 20 Fahrzeugen. Morgens nutzt die Sozialstation sie, nachmittags werden sie zum E-Carsharing eingesetzt. Stadt und Sozialstation sind Dauermieter der Fahrzeuge, die Kommune stellt die Stellplätze zur Verfügung, die Bürgerenergiegenossenschaft hat drei Ladesäulen aufgebaut. WeilerMobil ist als Gemeinschaftsprojekt von Kommune, Bürgerenergiegenossenschaft und Sozialstation aus einem Modellprojekt zur E-Mobilität entstanden. Förderlich ist, dass Reinhold Möhrle auch Geschäftsführer der Sozialstation ist.

„Wir wollen Mobilität neu denken, weg von der Individualisierung“, sagt Klaus Gall, wohl wissend, dass das ein langer Weg ist. Im Ort hat jeder schon sein Auto. „Unser Ziel ist deshalb aktuell, dass die Menschen den Zweitwagen aufgeben.“



„Bürger*innen vor Ort verlegen ihr eigenes Stromnetz, das ist eine spannende Geschichte“



Aktuell startet ein neues Projekt im Rahmen eines landesweiten Förderprogramms für ländliche Mobilitätskonzepte in Kooperation mit Kommune und einer örtlichen Autowerkstatt. „Wir stricken neue, attraktive Programme“, sagt Klaus Gall. Auf der Ideenliste stehen ein elektrischer Bürgerbus, die stärkere Beteiligung von Firmen und das Leasing von E-Bikes an Mitglieder.

WeilerStrom: das bürgereigene Stromnetz

„Bürger*innen vor Ort verlegen ihr eigenes Stromnetz, das ist eine spannende Geschichte“, meint Klaus Gall stolz. „Wir bauen unser Eigenstromnetz gerade mit großen Schritten aus.“ Die Idee ist simpel. Wenn die Bürgerenergiegenossenschaft – wie in einem Ortsteil von Pfalzgrafeweiler – das Wärmenetz erweitert, werden Stromkabel mitverlegt. „Ein Laufmeter Niederspannungskabel kostet gerade acht Euro“, so Klaus Gall. Ursprünglich wollte die Bürgerenergiegenossenschaft das eigene Stromnetz als Kundenanlage betreiben. Doch nach einem Rechtsstreit mit der EnBW war die WeilerWärme gezwungen, eigenständiger Stromversorger zu werden, mit allen Pflichten. Für den technischen Betrieb konnte die Bürgerenergiegenossenschaft die benachbarten Stadtwerke Altensteig gewinnen, für die Stromabwicklung Südweststrom.

Momentan fährt die Bürgerenergiegenossenschaft zweispurig. Sie vertreibt über die Bürgerwerke WeilerStrom als zertifizierten Ökostrom. Die ans Eigenstromnetz angeschlossenen Haushalte beziehen den nicht zertifizierten Ökostrom der Bürgerenergiegenossenschaft aus dem Holzheizkraftwerk, den Photovoltaik-Anlagen und drei Biogas-Blockheizkraftwerken, die auch als Ausfallreserve für das Wärmenetz dienen. Das Netzentgelt für das eigene Stromnetz ist weitaus günstiger als für das öffentliche Netz, so profitieren die Endver-

braucher*innen von günstigen Strompreisen. 2027 läuft der derzeitige Konzessionsvertrag mit der EnBW aus. Vielleicht übernehmen Bürgerenergiegenossenschaft und Stadt dann das gesamte Netz.

Kooperation mit gegenseitigem Gewinn

Früher sei die Bürgerenergiegenossenschaft vorangegangen, berichtet Reinhold Möhrle. Sie verlegte Nahwärmeleitungen und die Gemeinde überlegte, ob sie sich beteiligt und etwa die Sanierung der Wasserleitungen oder des Abwassers vorzieht. Aktuell gräbt die Gemeinde die Straßen für den Aufbau einer Breitbandinfrastruktur auf. Jetzt kann die WeilerWärme Wärmeleitungen und Stromkabel mitverlegen und so Kosten sparen.

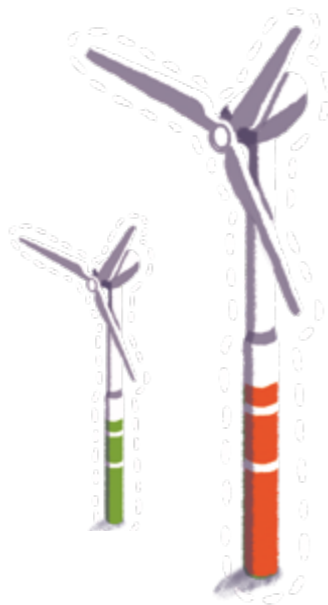
„Die Kooperation mit der Kommune ist essentiell für uns“, meint Vorstand Klaus Gall. Der gegenseitige Gewinn sei hoch und die Akzeptanz bei den Bürger*innen steige, „wenn der Bürgermeister vorgeht.“ Auch Bürgermeister Dieter Bischoff sieht den Gewinn für Pfalzgrafeweiler. Die Bürgerenergiegenossenschaft habe in den vergangenen Jahren vieles geschafft, sagte er 2018 beim zehnjährigen Jubiläum der WeilerWärme. „Viele kleine Kräfte bildeten dabei eine große Kraft.“

LINKS

weilerwaerme.de
weilermobil.de
weilerstrom.de
tinyurl.com/WeilerWaerme-Bericht

Energieland2050 - ein Kreis auf dem Weg zur Energieautarkie

„Mitmachen. Mitgestalten. Mitbestimmen.“ ist das Motto der Energiewende im Kreis Steinfurt im Münsterland, dem Energieland2050.



Bürgerwindparks, eine regionale Strommarke, gemeinsame Direktvermarktung, Quartiersmanagement und Kampagnen: Der Kreis Steinfurt hat sich auf den Weg gemacht. Das Gemeinschaftsprojekt heißt regionale, nachhaltige Energiewende mit Bürger*innenbeteiligung. Viele Akteur*innen ziehen an einem Strang: Bürgerenergiegesellschaften, regionale Stadtwerke, Landwirt*innen, Unternehmen, Banken, die Bürger*innen und bis zu 24 Städte und Gemeinden.

Schon 2010 hat der Kreis Steinfurt einstimmig beschlossen, bis 2050 energieautark zu werden. 2012 bekam der Kreis den Zuschlag für das Förderprogramm „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“. „Wir haben mit breiter Beteiligung alle Akteur*innen verbunden und die Ziele geschärft: Endenergieverbrauch halbieren, minus 95 Prozent CO₂ Emissionen“, so Silke Wesselmann, Leiterin des Amtes für Klimaschutz und Nachhaltigkeit des Landkreises. Unter der Klammer Masterplan sei ein regionales Commitment entstanden, welches sich im Begriff Energieland 2050 widerspiegelt. Über die letzten zehn Jahre hat sich ein beeindruckendes Gesamtkonzept entwickelt.

„Wir drehen das im Kreis Steinfurt!“

Ein wichtiger Akteur ist der Landkreis. Er setzt Themen, vernetzt, kooperiert, bietet Service, unterstützt die Kommunen und die Wirtschaft. Im gemeinnützigen Verein energieland2050 (Link siehe Infobox), gegründet 2017, haben sich der Kreis und Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und den Kommunen zusammengeschlossen. Der Verein realisiert Projekte, multipliziert Ideen und initiiert Kampagnen. Regionale Wertschöpfung steht im

Fokus. Von den Projekten zur Gebäudesanierung und zum Quartiersmanagement profitieren lokale Handwerksbetriebe, von der regionalen Strommarke „Unser Landstrom“ die Stadtwerke und von der Servicestelle Sonne Privatpersonen, Kommunen und Firmen.

BÜRGERWINDPARK - LEITLINIEN

Alle Gruppen im Umfeld werden am Projekt beteiligt. Die nicht direkt profitierenden Flächeneigentümer*innen, Anwohner*innen und sonstigen Betroffenen erhalten eine faire Teilhabe. Bürger*innen werden direkt konzeptionell und finanziell beteiligt. Sie können sich ab 1.000 Euro am Bürgerwindpark beteiligen. Vergeben wird nach dem Kirchturmprinzip: Erst kommen die unmittelbaren Nachbar*innen, dann die Bürger*innen des Ortes, dann die des Nachbarortes. Dieses Kirchturmprinzip hat sich bei vielen Bürgerwindprojekten bewährt. Die regionalen Stadtwerke sind Vermarktungspartner und die regionalen Sparkassen und Volksbanken finanzieren das Fremdkapital. Das Sorge „für eine breite Akzeptanz und Frieden unter den Grundstückseigentümer*innen“, so Dr. Alexandra Wohler, Geschäftsführerin der NLF Bürgerwind GmbH. Die regionale Entwicklungsgesellschaft plant und baut Windparks nach dem Steinfurter Bürgerwindmodell. Mehr zu den Leitlinien unter tinyurl.com/energieland2050-leitlinien.

tinyurl.com/energieland2050-verein
die-energielandwerker.de/



Windenergie ist Bürger*innensache

Wind ist ein Riesenthema. Schon um die Jahrtausendwende hatten Windpraktiker*innen im Landkreis eine Einkaufsgemeinschaft gebildet, um Anlagen zu kaufen. Etwa 300 Windenergieanlagen zählt der Landkreis heute, sehr viele davon sind in Bürgerhand. Dazu haben maßgeblich die Steinfurter „Bürgerwindpark-Leitlinien“ beigetragen, „unsere Bibel“, wie Silke Wesselmann sagt. Ein breites Bündnis von Akteur*innen entwickelte 2012 den Standard für den Windenergie-Ausbau im Kreis. „Wir wollten verhindern, dass externe Projektierer kommen und den Bäuerinnen und Bauern sagen, ich pachte Euer Land und die Gewinne nehme ich mit“, berichtet Silke Wesselmann. „Das hat wunderbar geklappt.“

Gemeinsame Direktvermarktung - Energielandwerker eG

Mit der Idee des regionalen Stromproduktes „Unser Landstrom“ ging es auch um die Frage der Erzeugungsanlagen. „Wir brauchen auch Strom in den Zeiten, in denen kein Wind weht, also aus Photovoltaik und Biogas“, sagt Thomas Voß, Geschäftsführer der Energielandwerker (Link siehe Infobox). „Die meisten Betreiber*innen managen die Anlagen nebenbei. Für sie wurde es zunehmend schwierig, die wachsenden energiewirtschaftlichen Anforderungen abzuarbeiten.“ So wurden die Energielandwerker als regionale Erzeuger*innen-Bürgerenergiegenossenschaft gegründet. Mitglieder sind ausschließlich regionale Windenergie-, Biogas- und Photovoltaik-Anlagenbetreiber*innen. Die Energielandwerker bündeln die regionalen Betreiber*innen und organisieren die Direktvermarktung. Sie begleiten beim Ausschreibungsverfahren, prüfen Wirtschaftlichkeitsberechnungen und so weiter. Aktuell arbeiten die Energielandwerker intensiv am

„Wir brauchen auch Strom in den Zeiten, in denen kein Wind weht, also aus Photovoltaik und Biogas“



Thema Regionalnachweise und an Konzepten für die Post-EEG-Zeit. „Im Windbereich fallen bis 2025 knapp 90 Megawatt in der Region aus der Vergütung“, sagt Thomas Voß.

Ein weiter Weg

„Wir werden unsere Ziele noch einmal genau prüfen und schärfen“, sagt Silke Wesselmann zu den Zukunftsaufgaben. Die Reduktion des Endenergieverbrauchs sei ein Riesenthema, bei der Photovoltaik seien erst 10 Prozent des Potentials genutzt. Eine Idee ist eine kreisweite Bürgerenergiegenossenschaft, die Dächer und Freiflächen des Kreises und der Kommunen erschließt. Regionale CO₂-Kompensation steht ebenso auf der Agenda wie Wasserstoffmobilität. Auch „grünen Wasserstoff“ herzustellen, also Power to X, sei interessant. „Es ist noch ein weiter Weg“, so das Resümee von Silke Wesselmann. Doch der Landkreis ist unterwegs, eine regionale Bewegung, die von vielen Akteur*innen getragen wird.

Türöffner*in, Bündnispartner*in, Mitstreiter*in

Kommunale Klimaschutzmanager*innen oder Klimaschutzbeauftragte sind wichtige Stakeholder für Bürgerenergiegenossenschaften.

„Klimaschutzmanager*innen können initiieren und fördern“, sagt Daniel Willeke, erster Vorsitzender des Bundesverbandes Klimaschutz e.V. Bürgerenergiegenossenschaften hingegen setzen Projekte um. Sie beteiligen und mobilisieren Bürger*innen. Sie können Kapital aufbringen, das Städte und Gemeinden oft nicht haben und z.B. auf kommunalen Dächern Photovoltaik-Anlagen errichten. Das alles macht Bürgerenergiegenossenschaften für Klimaschutzmanager*innen zu interessanten Akteur*innen.

Klimaschutzmanager*innen in Bürgerenergiegenossenschaften

Mancherorts haben Klimaschutzmanager*innen Bürgerenergiegenossenschaften mit auf den Weg gebracht, sind als Vorstände oder Aufsichtsräte aktiv. „Ein*e Klimaschutzmanager*in muss bei aller Neutralität die Energiewende praktisch vorantreiben“, sagt Günter Voß, Klimaschutzmanager der Stadt Lichtenau im Kreis Paderborn. Dazu zählt für ihn die ehrenamtliche Arbeit als Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Herbram-Wald. Ein Engagement, das von der Kommune ausdrücklich erwünscht ist.

Den Vorteil für die Bürgerenergiegenossenschaft sieht Voß „in meinem breitgefächerten Netzwerk aus regionalen, bundesweiten und internationalen Kontakten.“ Zudem sei er nah dran an den vielen Entscheidungsprozessen und kenne die Abläufe in der Verwaltung. In Ausschüssen und dem Stadtrat könne er zu den Themen Energieeffizienz und erneuerbare Energien Auskunft geben und positive Akzente setzen.

Die Rolle des Türöffners macht Klimaschutzmanager*innen für Bürgerenergiegenossenschaften interessant. Funktioniert die Zusammenarbeit, können die Bälle gut zugespielt und gemeinsame Ziele schneller erreicht werden. So kann die Bürgerenergiegenossenschaft als lokaler Akteur z.B. bei den Ratsfraktionen politische Lobbyarbeit machen. Gemeinsam lassen sich Themen wie Photovoltaik-Anlagen



Vorstand und Aufsichtsrat der Bürgerenergiegenossenschaft Herbram-Wald mit Klimaschutzmanager G. Voß (3.v.l.)

und Eigenbedarf, Elektromobilität, Balkonmodule usw. öffentlich verbreiten.

Eine Aufgabe auf Zeit

Erneuerbare Energien sind nur ein Teil der Aufgaben von Klimaschutzmanager*innen. Klimaschutz ist außerdem formal keine Pflichtaufgabe in Kommunen. Die Umsetzung von Klimaschutzkonzepten wird für drei Jahre gefördert, mit der Möglichkeit einer zweijährigen Verlängerung. Das ist eine kurze Zeit angesichts der langfristigen Aufgabe und der oft langen Entscheidungsprozesse in Kommunen. Danach ist nicht immer geklärt, ob die Stelle weiterläuft. Es wird in allen Bundesländern an einer Verstärkung der Arbeit gearbeitet. Wie wirksam Klimaschutzmanager*innen sind, hängt auch von ihrer Einbindung ab. Es macht einen großen Unterschied in der Einflussmöglichkeit, ob sie als Sacharbeiter*innen einem Amt zugeordnet sind oder als Stabsstelle der Bürgermeisterin oder dem Landrat.

Energiewende gemeinsam schaffen

Kommunen, Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften ziehen in Nordhessen an einem Strang in Sachen Energiewende. Die Bürgerenergiegenossenschaft Kassel & Söhre eG ist an einigen Windparks beteiligt. Die stellvertretende Vorstandsvorsitzende Helga Weber beschreibt, wieso es diese Art von Kooperation deutschlandweit geben sollte.

2012 beauftragte die Kasseler Stadtverordnetenversammlung den Vorstand der Städtischen Werke AG, die Potentiale einer Selbstversorgung mit Ökostrom aus der Region zu ermitteln. Mit ihrer Studie „Energiewende Nordhessen“ wiesen das Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme (IWES) und die Stadtwerke Union Nordhessen (SUN) nach, dass die Umstellung auf eine weitestgehend dezentrale und erneuerbare Stromerzeugung in der SUN-Region möglich ist. Hierdurch kann sich die Region nicht nur zu einem Großteil selbst versorgen, sondern es können auch CO₂-Emissionen in Höhe von ungefähr zwei Millionen Tonnen vermieden werden. Zudem kann die lokale Wertschöpfung in der SUN-Region durch den Zubau von erneuerbaren Energien gesteigert werden, so die Studie. Statt Mittel aus der Region abfließen zu lassen, können 90 Prozent der sonst anfallenden Kosten für extern eingekauften Strom vor Ort investiert werden.

Die Erkenntnisse aus der Studie waren der Startschuss für die Planung und schließlich den Bau des ersten Windparks „Söhrewald / Niestetal“ durch die Städtischen Werke AG Kassel. Sie waren gleichzeitig die Initialzündung für die Gründung mehrerer Bürgerenergiegenossenschaften im Raum Nordhessen seit März 2012, die sich am Windpark beteiligten, darunter auch die später umbenannte Bürgerenergiegenossenschaft Kassel & Söhre eG.

Enge Zusammenarbeit zwischen Land und Stadt

Die Energiewende in der Region kann nur funktionieren, wenn Stadt und Land eng kooperieren. Im Landkreis Kassel gibt es Standorte für Windkraftanlagen, die dazu beitragen können, Strom für Städte vor Ort zu produzieren, den sie nicht selbst erzeugen können. Arbeiten Städte und Landkreis in Sachen Energiewende zusammen, steigen die Erträge



in den Landkreisen mit der wirtschaftlichen Aktivität vor Ort. Außerdem ist klar: Akzeptanz für die Energiewende ist angewiesen auf eine breite Beteiligung der Bürger*innen an diesem Prozess. Diese Erkenntnisse greift das Konzept der SUN auf: Die Planung der Windparks führt ein hochkompetentes und engagiertes Team der Städtischen Werke AG selbst durch. Bau und Finanzierung der Windkraftanlagen werden, so weit möglich, in der Region vergeben. Vor allem aber gilt der Grundsatz: An den Betreibergesellschaften können sich nur die Kommunen, Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften beteiligen, in deren Umgebung sich die Windparks befinden. Damit ist eine regionale Verankerung gewährleistet.

Die betreffenden Windparkgesellschaften sind rechtlich als GmbH & Co. KG aufgestellt. In jeder der Gesellschaften halten die Städtischen Werke AG mehr als 25 Prozent der Anteile und stellen die Geschäftsführung. Die örtlichen Bürgerenergiegenossenschaften halten gemeinsam jeweils ebenfalls mehr als 25 Prozent. Das Engagement der regionalen Stadtwerke am Betrieb der Windparks bietet die Sicherheit, dass es sich hier um eine langfristig erfolgreiche Investition handeln wird. Denn mit den Erlösen aus den Windparks ist auch der wirtschaftliche Erfolg und der gute Ruf der kommunalen Unternehmen verknüpft.



Beteiligungskultur sorgt für hohe Akzeptanz

Die eingebundenen Bürgerenergiegenossenschaften gewährleisten eine breite Streuung der Teilhabe an den Windparks. Diese trägt zur breiten Akzeptanz bei, die diesen Windparks in der Region entgegengebracht wird. Der Blick aus dem Fenster auf sich drehende Windräder hinterlässt einen anderen Eindruck, wenn die Anlagen für Ökostrom zuhause sorgen und außerdem eine ordentliche Rendite in die Haushaltskasse bringen, als wenn damit die Konten von wenigen reichen Einzelinvestor*innen oder von großen Kapitalanlagegesellschaften gefüllt werden.

Die Bürgerenergiegenossenschaften ermöglichen eine breite Beteiligung der Bürgerschaft. Ziel ist es, gemeinsam mit möglichst vielen Bewohner*innen der Region die Energiewende voran zu bringen und damit die Energieversorgung dezentral und demokratisch zu organisieren. Auch mit kleinem Geld können Interessierte Mitglied werden, bei der Bürgerenergiegenossenschaft Kassel & Söhre bereits mit 250 Euro. Jedes Mitglied hat bei grundlegenden Entscheidungen das gleiche Stimmrecht, unabhängig von den Anteilen.

Die Teilhabe ist nach oben begrenzt, in der Bürgerenergiegenossenschaft Kassel & Söhre bei 100.000 Euro. Wie groß die Unterstützung für diesen Weg ist, zeigt sich am nach wie vor ungebremsten Interesse von Menschen, Genossenschaftsmitglied zu werden bzw. die bisher gezeichneten Anteile aufzustocken.

Die Potentiale vor Ort nutzen

Es mangelt nicht an Kapital, um weitere Projekte für den Klimaschutz zu finanzieren, sondern an realisierbaren Projekten, in die investiert werden kann. Das wiederum hat seine Gründe in der Bundes-, aber auch in der Landespolitik. Deshalb ist unbedingt der Fokus auf die dezentralen Potentiale vor Ort zu legen: Wind und Sonne gibt es überall in Deutschland in ausreichendem Maß, und die Menschen wollen, dass die Energieversorgung umgebaut wird. Es fehlt also nur noch der Schritt, beide Einsichten zusammen zu bringen. Bürgerenergiegenossenschaften, die das Engagement der Bürger*innen vor Ort ermöglichen, die Teilhabe an den Erfolgen sicherstellen und die Mitsprache im Prozess der Umgestaltung der Energiewelt ermöglichen, sind ein wesentlicher Baustein, um die Klimaziele bis 2030 zu erreichen.

Mit intensiver Bürger*innenbeteiligung der Zeit voraus

Die Stadtwerke Union Nordhessen (SUN) als Kooperation nordhessischer Stadtwerke war sich der Vorbehalte gegenüber Windenergie bewusst und hat von Anfang an eine bürgernahe Strategie gewählt. Ein Kommentar von Martin Rühl, bis 2019 Geschäftsführer der SUN.



„Die Energiewende kann nur zusammen mit den Menschen in der Region und nicht gegen sie entwickelt werden. Die Menschen erfahren die Energiewende als Teil eines Transformationsprozesses, den sie mitgestalten, mitverantworten und mitfinanzieren können. Daher hat die SUN regelmäßig beim Start einer Projektentwicklung für einen neuen Windpark die

Flächenvergabe mit dem Versprechen einer fairen regionalen Bürgerbeteiligung verknüpft. Dabei sollten sich Menschen vor Ort nicht gestört fühlen, sondern den Sinn und die Notwendigkeit begreifen, und erfahren, welchen Beitrag die

Windkraftanlagen für die Region und letztlich für ihre eigene Energieversorgung leisten.

Heute diskutieren Bundeswirtschaftsministerium und Verbände, wie man Bürger*innen beteiligt und den Projektentwicklern kommunale Ertragsbeteiligungen auferlegt. Für einen Projektentwickler wie die SUN mit ihren regionalen Wurzeln war dies von Anfang an eine Selbstverständlichkeit. Die SUN hat damit Themen vorweggenommen, die erst heute ihr volles Ausmaß zeigen und zu einem Problem des Onshore-Wind-Ausbaus geworden sind. Dieses Dilemma könnte nach meiner Auffassung geheilt werden, indem die umweltfreundliche Stromerzeugung auch direkten Einfluss auf die Strompreise in der Region hat, wo die Anlagen stehen. Daher sollten wir über ein Marktmodell nachdenken, in dem die Vorteile der örtlichen Wind- und Photovoltaik-Erzeugung für die Bürger*innen sichtbar werden.

Ich bin davon überzeugt, dass die Kombination aus professioneller Projektentwicklung durch die SUN in Verbindung mit breiter Bürger*innenbeteiligung ein Erfolgsschlüssel für die Region war und ist. Würden mehr Stadtwerke und Regionalversorger den Mut aufbringen, das Geschäftsfeld der Windparkentwicklung mit einem solchen Beteiligungsmodell beherzt anzugehen, hätten wir bald in ganz Deutschland Beispiele eines erfolgreichen regionalen, bürgernahen und transparenten Transformationsprozesses.“

KAPITEL 6

Stärken nutzen – Projekte und Kund*innen gewinnen

Bürgerenergiegenossenschaften brauchen Projekte, Kund*innen und Kooperationspartner, um ihre Ziele zu erreichen. Wer sind interessante Stakeholder und wie lassen diese sich ansprechen? Welche Stärken können Bürgerenergiegenossenschaften in die Waagschale werfen? In diesem Kapitel geht es um die gewinnbringende Zusammenarbeit mit Unternehmen, Wohnungsunternehmen, Kirchen und Banken.

„Inne halten, sich ausrichten und Prioritäten setzen“



Wie können Bürgerenergiegenossenschaften erfolgreich Kunden und Projekte gewinnen? Ein Gespräch mit Torsten Schwarz von Bürger-Energie.

Du hast zahlreiche Bürgerenergiegenossenschaften ge-coacht. Wie haben diese ihre Kundengruppen im Blick?

Manche sind sehr klar bei den Zielgruppen. Aber ein Großteil der Bürgerenergiegenossenschaften kann diese nicht benennen. Eine strukturierte Ansprache ist aus meiner Wahrnehmung noch nicht weit verbreitet.

Woran liegt das?

Die wenigsten sind sich bewusst, welchen Nutzen eine strukturierte Vorgehensweise angesichts begrenzter zeitlicher Ressourcen hat. Marketing und Vertrieb sind den meisten Bürgerenergiegenossenschaften fremd. Hier brauchen sie mehr fachliche Expertise. Häufig reagieren Bürgerenergiegenossenschaften auf Chancen, aber planen nicht. Doch Unternehmen müssen ihre Zukunft planen. Und wenn diese Zukunft wahr werden soll, sollten sie aktiv auf potentielle Kund*innen zugehen.

Was sollten Bürgerenergiegenossenschaften etwa bei Photovoltaik-Projekten tun?

Sie sollten möglichst viel über ihre potentiellen Kund*innen wie Betriebe, Kommunen, Vereine wissen. Wie funktionieren diese? Sie sollten erfragen: Was sind die Bedürfnisse der Kund*innen? Was ist ihnen wichtig? Wie viel Zeit haben sie, sich mit dem Thema zu beschäftigen? Wie stark möchten sie eingebunden sein? Wenn ich die Wünsche kenne, frage ich mich: Kann ich erfüllen, was die Kund*innen erwarten? Wir haben es immer mit Menschen zu tun. Diese Menschen haben Kriterien, nach denen sie entscheiden: nach Preis, eingesparten Stromkosten, örtlicher Nähe, nach Imagegewinn. Es gilt, sich auf die verschiedenen Zielgruppen einzustellen.

Können Bürgerenergiegenossenschaften Alleinstellungsmerkmale in die Waagschale werfen?

Na klar. Sie sind recht insolvenzsicher, können sehr gut Kapital mobilisieren, haben eine regionale Ausprägung, sind vor Ort und verfolgen mit hohem Engagement Ziele, die viele teilen: Klimaschutz, dezentrale Energieversorgung, Bürger*innenbeteiligung. Ein Beispiel: Viele Gewerbetreibende möchten nicht investieren. Da macht die Bürgerenergiegenossenschaft den Unterschied. Ein reiner Solarteur hat kein Interesse zu investieren. Es lohnt also, sich der eigenen Stärken und der Unterscheidung zu Mitbewerber*innen bewusst zu sein.

Auf was achten potentielle Kund*innen bei der Bürgerenergiegenossenschaft?

Nach meiner Erfahrung werden vier Punkte abgecheckt: Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Preis. Kann die Bürgerenergiegenossenschaft zeigen, dass sie etwas vom Geschäft versteht? Kann sie Referenzen vorweisen, zufriedene Kund*innen?

Was ist bei der Segmentierung von Kund*innen noch zu beachten?

Bei Photovoltaik-Projekten ist der Eigenverbrauch immer wichtiger geworden. Werden etwa 30 Prozent des erzeugten Stroms unter dem Dach verbraucht, ist fast jedes Projekt sehr lohnenswert. Einige Bürgerenergiegenossenschaften fokussieren sich auf große Dächer, weil die Rentabilität hier höher ist. Der Ansatz kann also heißen: Wir suchen Kund*innen mit großen Dächern und einem relevanten Stromverbrauch, bieten ihnen Anlagen-Pachtmodelle an und vielleicht den benötigten Reststrom als Ökostrom.



Ein klassisches Geschäftsfeld von Bürgerenergiegenossenschaften: Photovoltaik-Aufdachanlagen.

Apropos Kernkompetenzen. Was können Bürgerenergiegenossenschaften im Kerngeschäft, dem Bau von Photovoltaik-Anlagen, tun?

Projekte identifizieren, diese bewerten, Verträge abschließen, die kaufmännische bzw. technische Detailplanung machen, einkaufen, bauen, investieren, betreiben, warten: Auf jeder Stufe werden Werte geschaffen. Die meisten Bürgerenergiegenossenschaften sind nur beim Identifizieren von Projekten aktiv, beim Besitz, und teilweise betreiben sie Anlagen. Viele Wertschöpfungsstufen werden nicht wahrgenommen. Da ist noch viel Potential.

Was braucht es, um die Potentiale zu entwickeln?

Innehalten, sich ausrichten, Prioritäten setzen und strukturiert vorgehen. Sich die richtigen Fragen stellen: Wo wollen wir hin? Welche Zukunft wünschen wir uns? Was können wir zur Zukunft beitragen? Wie setzen wir das um? Wo sind wir gut? Wo brauchen wir Partner*innen und wie finde ich die richtigen? Wo ist unser Markt? Wo passt die Nachfrage am besten zu dem, was wir anbieten? Bei wem können wir unsere Stärken ausspielen? In Summe also normale Fragen, die sich ein Unternehmen immer stellen sollte, wenn es erfolgreich sein will. Da sind das Ehrenamt und die knappe Zeit von Vorständen nach meiner Wahrnehmung oft eine Hürde. Manchmal höre ich auch: Das ist Luxus, dafür haben wir keine Zeit. Das ist schade, so werden die Potentiale nicht voll genutzt.

Was machen erfolgreiche Bürgerenergiegenossenschaften anders?

Sie nehmen sich diese Zeit, beantworten die Fragen und treffen die richtigen Entscheidungen. Wenn ich ein Segelboot betrachte und die Skipperin: Die nimmt sich die Zeit zum Navigieren. Wo bin ich gerade und wo will ich hin? Wie ist das Umfeld, das Wetter? Sie wird nachsteuern und so Kurs halten. Die anderen segeln darauf los und wundern sich, weil sie dem Ziel nicht näherkommen.



Torsten Schwarz ist Gründer der Bürgerwerke eG. Mit seiner Firma „BürgerEnergie - Impulse für Umwelt, Gesellschaft, Glück“ (mehr unter beh3.de) projiziert und baut er Photovoltaik-Anlagen, bei denen

Bürger*innen vor Ort als Partner auf Augenhöhe einbezogen sind. Er coacht zusammen mit dem „Netzwerk Energiewende jetzt e.V.“ Bürgerenergiegenossenschaften (mehr Infos unter tinyurl.com/wachstumscoaching).

Strom und Wärme für Mieter*innen

Mieterstrom, Nahwärme und Quartiersversorgung sind die Zukunftsthemen der Energieversorgung in Städten. Einige Bürgerenergiegenossenschaften sind hier aktiv.



Eine dezentrale, bürgernahe und klimaschonende Energieversorgung in der Hansestadt Hamburg hat sich die EnergieNetz Hamburg eG (Link siehe Infobox) auf ihre Fahnen geschrieben. Die Bürgerenergiegenossenschaft setzt Mieterstrommodelle um und ist stolz auf ihr neuestes Projekt, das Quartier „Hinter der Lieth“ im Norden Hamburgs.

Dezentrale Energie für ein Neubauviertel

Die sechs Gebäude der Baugenossenschaft der Buchdrucker eG mit insgesamt 78 Wohnungen werden von einem biogasbetriebenen Blockheizkraftwerk und Solaranlagen von knapp 120 Kilowatt Spitzenleistung mit Strom und Wärme versorgt. „Es muss auch kulturell passen“, sagt Matthias Ederhof, Vorstand der EnergieNetz Hamburg eG. Mit der Baugenossenschaft hat es gepasst. „Die Zusammenarbeit war von Anfang an positiv“. Türöffner war ein aktives EnergieNetz-Mitglied, das als Mieter gleichzeitig Mitglied der Buchdrucker eG ist. Das Energiekonzept hat die Bürgerenergiegenossenschaft zusammen mit der Naturstrom AG entwickelt und realisiert. Diese hat u.a. den Stromvertrieb übernommen und - von Haustür zu Haustür - mehr als 80 Prozent der Mietparteien als Stromkund*innen gewonnen.

Zielgruppe Wohnungswirtschaft

Der Zugang zu privaten und kommunalen Wohnungsunternehmen oder -genossenschaften gestaltet sich für Bürgerenergiegenossenschaften als dickes Brett. „Die größeren Wohnungsgenossenschaften in Hamburg arbeiten eher mit großen Kontraktoren zusammen“, sagt Matthias Ederhof. Zudem gebe es einen großen Wettbewerb beim Thema Wär-

me. „Es ist schwer, etwas Innovatives im Nahwärmebereich zu realisieren, wenn ordnungsrechtliche Vorgaben oder eine entsprechende Bauleitplanung fehlen.“ Interessante Ansprechpartner sind ökologisch orientierte Immobilienfirmen und kleine bis mittlere Wohnungsgenossenschaften. Ein Beispiel ist die 2010 gegründete NaBau eG in Regensburg, die auf neue nachbarschaftliche Wohnformen und eine nachhaltige ökologische Bauweise setzt. Nachhaltigkeit heißt hier auch, nur regenerative Energien für Strom und Wärme zu verwenden. Mit der NaBau eG hat die Bürger Energie Region Regensburg eG (BERR eG) zwei Mieterstromprojekte umgesetzt.

Direkt beteiligt sein

Interessant sind auch selbstorganisierte Wohnprojekte, die landauf und landab entstehen. In Heidelberg werden in einer

WAS IST MIETERSTROM?

Mieterstrom wird durch eine Solaranlage auf dem Dach oder eine KWK-Anlage erzeugt und von den Bewohner*innen direkt im Gebäude verbraucht. Das geschieht ohne Nutzung des öffentlichen Stromnetzes - ein Vorteil, denn entsprechende Netzentgelte und die Konzessionsabgabe fallen dadurch weg. Auf 3,8 Millionen Wohnungen bezifferte 2017 das Bundeswirtschaftsministerium das Potential.

„Hier können wir täglich sehen, wie Energiewende vor Ort funktioniert - und wie einfach und naheliegend sie ist.“

Quartiersversorgung drei Mehrfamilienhäuser der Wohnprojekte „konvisionär“ und „Hagebutze“ über eine Photovoltaik-Anlage versorgt. Die 140 Mieter*innen nutzen den Strom vom Dach über ein Mieterstrom-Modellprojekt direkt und beziehen zusätzlich den Ökostrom der HEG Heidelberger Energiegenossenschaft eG. Ein Elektrospeicher im Keller und eine Ladesäule mit zwei Ladepunkten, an der ein Elektroauto des örtlichen Carsharinganbieters seinen Standort hat, runden das Projekt ab. 2019 haben die Bewohner*innen etwa die Hälfte des produzierten Stroms im Quartier genutzt.

Mehr zum Projekt im Podcast „Quartiersversorgung“ des Bündnis Bürgerenergie: nkmdn.de/kannstduauch.

„Es ist total schön zu sehen, wie die Bürgerenergiegenossenschaft dezentrale Energiewende betreibt. Das ist ein anderes Beteiligungsgefühl“, sagt Wayne Götz. Er wohnt in der Hagebutze und ist Mitglied der HEG. „Real etwas zu bewegen, das hat sich für mich persönlich bei diesem Projekt erfüllt.“

„Wir wollen Vorbild sein“

Die Heidelberger Energiegenossenschaft ist eine der Mieterstrom-Pioniere und hat 2013 in Kooperation mit der Baugenossenschaft Familienheim Heidelberg das erste genossenschaftliche Mieterstrom-Projekt in Deutschland realisiert. Mittlerweile hat die HEG sieben Mieterstromprojekte umgesetzt, vier davon mit Wohnprojekten. Für Laura Zöckler, Vorstandsfrau der HEG ist die Quartiersversorgung in den renovierten amerikanischen Kasernen ideal. „Hier können wir täglich sehen, wie Energiewende vor Ort funktioniert - und wie einfach und naheliegend sie ist.“

HÜRDEN UND ERFOLGSFAKTOREN

Bundesweit ist die Zahl der Mieterstromprojekte überschaubar. Die Projekte sind rechtlich, technisch und energiewirtschaftlich komplex und aufwändig. Um Stromkund*innen zu gewinnen braucht es zudem vertriebliche Kompetenzen.

Das aktuelle Mieterstromgesetz hat praktisch keine Impulse gegeben. Die Förderung über den Mieterstromzuschlag ist

zu niedrig und Mieterstrom wird mit der vollen EEG-Umlage belastet. Zudem sind die technischen Vorgaben und die Kooperationsbereitschaft der rund 800 deutschen Verteilnetzbetreiber unterschiedlich. Seit Herbst 2019 versprochene gesetzliche Verbesserungen lassen auf sich warten.

Mieterstrom- und Quartiersversorgung bringt die Energiewende in die Städte. Auch Mieter*innen können profitieren und an der Energiewende teilhaben. Die Kombination von Wärme, Mieterstrom, Elektromobilität und Speicher ermöglicht nachhaltige Energiekonzepte und eine dezentrale Energieversorgung.

Hilfreich ist die Kooperation mit Dienstleistern, die von der Anlagenplanung bis hin zu Tarifgestaltung, Stromlieferverträgen, Reststromlieferung und Abrechnung unterstützen.

Ein Mieterstromprojekt ist auch in der Broschüre „Klimaschutz zum Selbermachen“ des Bündnis' Bürgerenergie zu sehen (Link siehe Infobox).

EXKURS: ENERGY SHARING

Die Europäische Union sieht die gemeinschaftliche Versorgung aus erneuerbaren Energien als zentrales Element der Energiewende: Menschen im selben Gebäude sollen den Austausch der vor Ort produzierten erneuerbaren Energie untereinander vereinbaren dürfen. Und Bürgerenergiegenossenschaften sollen mittels Energy Sharing auch unter Nutzung des Stromnetzes erneuerbare Energie gemeinsam nutzen können.

Energy Sharing würde es etwa Bürgerenergiegenossenschaften ermöglichen, ihre Mitglieder mit dem Strom aus den eigenen Anlagen zu versorgen. Die beteiligten Bürger*innen könnten dadurch in ihre eigene Energieversorgung investieren und sich noch stärker mit ihrer Bürgerenergiegenossenschaft und der Energiewende identifizieren. Die Bundesregierung muss die entsprechende EU-Richtlinie bis Mitte 2021 umsetzen.

Das Impulspapier Energy Sharing beschreibt, wie das Konzept konkret umgesetzt werden könnte: tinyurl.com/ImpulspapierES

LINKS

energienetz-hamburg.de
tinyurl.com/Mieterstromprojekt

„Bürger*innen haben gemeinsam mehr Energie“

In Buchen im Odenwald haben drei Volksbanken die Energie + Umwelt eG auf den Weg gebracht. Ein Gespräch mit Jürgen Böhm, Vorstand der mitgliederstarken Bürgerenergiegenossenschaft in Baden-Württemberg.



Der Vorstand der Energie+Umwelt eG; v.l.: Holger Dörr, Wendelin Geiger und Jürgen Böhm

Wie kam es, dass sich drei Volksbanken zusammengetan haben, um eine Bürgerenergiegenossenschaft zu gründen?

Viele Bürger*innen wünschen sich eine saubere Umwelt und fragen sich, was sie persönlich dafür tun können. Diese Frage haben sich auch die Verantwortlichen der Volksbank Franken eG, Volksbank Main-Tauber eG und Volksbank Mosbach eG gestellt. Die Antwort war die Gründung der „Energie + Umwelt eG“ im Jahr 2013. Wir wollen dem Ziel der völligen Energieneutralität in der Region Neckar-Odenwald und Main-Tauber ein großes Stück näherkommen. Bürger*innen haben gemeinsam mehr Energie. Unter diesem Motto sind wir gestartet.

Was sind Ihre Ziele?

Vorrangiges Ziel ist, klimafreundliche Energie zu erzeugen und damit die Energiewende zu unterstützen. Dies tun wir regional in den beiden Landkreisen zusammen mit möglichst vielen Bürger*innen der Region. Alle Bürger*innen können sich ab 500 Euro beteiligen. Wir initiieren, realisieren, kaufen und verwalten klimafreundliche Energieprojekte.

Was ist der Gewinn für die Region?

Mit den bald 2.000 Mitgliedern leisten wir einen enormen Beitrag zum Umweltschutz und der sauberen Energiegewinnung in unserer Heimat. Gemeinsam mit vielen kleinen Beiträgen etwas Großes zu bewegen, darauf sind wir besonders stolz.

50 installierte Photovoltaik-Anlagen, vier Beteiligungen an Windparks, zwei Gülle-Veredelungs-Anlagen und ein Stromspeicher. Ihr Projektportfolio kann sich sehen lassen. Was ist Ihr Erfolgsrezept?

Unser Bekanntheitsgrad ist enorm hoch. Die zehn Volks- und Raiffeisenbanken in der Region sind Mitglied bei uns und Vertriebspartner. Und wir haben Tippgeber aus der Region, die zu Unternehmen und Landwirt*innen Kontakt aufnehmen.

Welche guten Gründe gibt es für genossenschaftliche Banken, BEGen mit zu initiieren?

Eine verantwortungsvolle Energieerzeugung ist eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Banken haben eine soziale Verantwortung und sollten sich der Nachhaltigkeit verpflichten. Wir haben eine Ladestation an der Bank, stellen den Fuhrpark auf E-Autos um und werden nächstes Jahr für jedes Mitglied einen Baum pflanzen.

Banken sind als Finanzierungspartner für Bürgerenergiegenossenschaften wichtig. Eine ganze Reihe vorwiegend genossenschaftlicher Banken haben selbst Bürgerenergiegenossenschaften initiiert bzw. sind an ihnen beteiligt. Sie unterstützen professionell bei der Finanzierung, bringen ihr kaufmännisches Know-how ein, übernehmen administrative Aufgaben und haben vor Ort meist sehr gute Kontakte.

KONTAKT

Energie + Umwelt eG
Walldürner Str. 17, 74722 Buchen
juergen.boehm@vb-mosbach.de
epueg.de

Wie sich Eigenkapital schöpfen lässt

Nachrangdarlehen sind als Beteiligungsform für Energieprojekte von Bürgerenergiegenossenschaften etabliert. Möchte eine Bürgerenergiegenossenschaft größere Projekte realisieren, ist eine flexible Eigenkapitalschöpfung über Nachrangdarlehen sowie eine digitale Verwaltung sinnvoll.

Viele der Bürgerenergiegenossenschaften in Deutschland haben heute neben Photovoltaik auch Energiedienstleistungen oder Windprojekte im Fokus. Bei größeren und komplexeren Projekten steigen die Anforderungen an die Professionalisierung, zusätzliche Finanzierungsquellen sind dabei ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Die flexible Kapitalisierung und die Digitalisierung der Beteiligungsprozesse sind im Hinblick auf Mitgliedschaften und Projekte von großer Bedeutung.

Nachrangdarlehen als ideale Form der Eigenkapitalschöpfung für Projekte

Bürgerenergiegenossenschaften bieten Mitgliedschaften meist zu Beiträgen ab 100 oder 1.000 Euro an. So können sich viele Bürger*innen beteiligen und schaffen die Basis für weiteres Wachstum. Mit Nachrangdarlehen kann die Identifikation zu konkreten Projekten erhöht werden, denn die Dividende wird auf Basis des Jahresüberschusses der Bürgerenergiegenossenschaft berechnet, während die Zinsen für die Nachrangdarlehen auf Basis der konkreten

QUALIFIZIERTE NACHRANGDARLEHEN

Es gibt diverse Ausgestaltungsformen von Nachrangdarlehen, die je nach Nachrangklausel die Reihenfolge regeln, in der im Insolvenzfall die Inhaber*innen von Forderungen aus der Insolvenzmasse befriedigt werden. Das „einfache“ Nachrangdarlehen wird nur berücksichtigt, wenn das Vermögen ausreicht, alle Gläubiger*innen mit höherem Rang vollständig zu befriedigen. Beim „qualifizierten“ Nachrangdarlehen vereinbaren die Parteien zusätzlich, dass die Forderungen der Darlehensgeber*innen auch dann nicht bedient werden, wenn die Rückzahlung einen Insolvenzgrund herbeiführen würde.

Anlagen kalkuliert werden. Die Eigenkapitalfinanzierung über Nachrangdarlehen hat sich deshalb als ideale ergänzende Beteiligungsform herausgestellt, denn

- Nachrangdarlehen von Mitgliedern an die Bürgerenergiegenossenschaft sind prospektfrei,
- den Darlehensgeber*innen kann eine feste, taggenaue Verzinsung geboten werden,
- durch die Nachrangigkeit wird das Kapital als wirtschaftliches Eigenkapital angesehen und steht nicht im Konflikt (bezüglich des Ranges) mit ergänzenden Bankfinanzierungen.

Nachrangdarlehen sind dabei von den Mitgliederdarlehen nach §21b GenG zu unterscheiden. Mitgliederdarlehen sind im Insolvenzfall in der Regel vorrangig zurückzuzahlen. Sie bieten weniger Flexibilität in der Finanzierung, da sie bezüglich des Betrages, des Volumens, des Ranges und des Zinses beschränkt sind. Deshalb sind Mitgliederdarlehen weniger geeignet, eine fortlaufende zusätzliche Finanzierungsquelle abzubilden.

Beteiligungen einwerben und verwalten

Bürgerenergiegenossenschaften dürfen Nachrangdarlehen nur von ihren Mitgliedern einwerben. Sie sollten dabei auf digitale Lösungen setzen, um die Beteiligung vieler Mitglieder zu gewährleisten und die Aufwände gering zu halten. Eine Online-Lösung ermöglicht die automatisierte Einwerbung und Verwaltung über standardisierte Prozesse. Die Mitglieder können online zeichnen und ihre Darlehen selbst verwalten. Das reduziert die administrativen Prozesse für die Bürgerenergiegenossenschaft auf Dauer.



Beispiel EGIS eG. Diese hat mit Unterstützung der eueco GmbH im Jahr 2019 für ein 4,3 Megawatt Photovoltaik-Projekt binnen 12 Stunden Nachrangdarlehen in Höhe von 850.000 Euro online eingeworben. Weitere Infos unter egis-energie.de.

Kirchen und Bürgerenergie

Wer könnte, wenn es um den Ausbau von Solarstrom und mehr geht, mit den Bürgerenergiegenossenschaften aussichtsreiche Kooperationen eingehen? Der Blick fällt auf Institutionen, die in Stadt und Land präsent sind - und doch bisher in diesem Zusammenhang wenig Beachtung fanden: die Kirchen.



Es muss nicht immer eine Kirche sein: 2012 entstand diese PV-Anlage auf dem Gemeindehausdach in Esslingen-Mettlingen.

Der Boden ist theologisch gut vorbereitet. „Menschheit hat nur Zukunft, wenn die Schöpfung Zukunft hat“ bekannten 1980 die deutschen katholischen Bischöfe. Papst Franziskus thematisierte in der Enzyklika „Laudate si“ weltweite ökologische Bewegungen und aktive Bürgerverbände mit Umweltschutzanliegen. Leider seien viele Anstrengungen vergeblich gewesen - selbst unter Gläubigen. Der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands wiederum legte 2009 die Denkschrift „Umkehr zum Leben - Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“ vor. Erste Konsequenz: zuerst das Versagen eingestehen und es nicht länger leugnen und schönreden oder Gegenmaßnahmen auf die lange Bank schieben.

Christliche Kirchen sind in Deutschland große Player mit 1,3 Millionen Beschäftigten und erheblichem Grundbesitz. Eine Schätzung kam nach der Wiedervereinigung auf 825.000 Hektar Fläche. Ein Klimaschutzmanager der Evangelischen Kirche im Rheinland spricht nur für diese von „mehr als 6.000 Gebäuden“. Die meisten ohne Kirchturm: Pfarrhäuser, Gemeindezentren, Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Bildungsakademien, Ferieneinrichtungen. Solar genutzt werden deren Dächer nur im Ausnahmefall. Wenn sich aber 15 bis 20 Prozent der Gebäude eignen und im Schnitt 30 Kilowatt Spitzenleistung installiert würden, errechnet sich allein im allein in den evangelischen Kirchengemeinschaften im Rheinland ein Potential von über 30.000 Kilowatt.

Kirchennahe Bürgerenergiegenossenschaften: Eifrig, interessant, erfolgreich

Die genossenschaftliche Idee hat im Kirchen-Raum kaum Gründungen ausgelöst. Unter den fast 1.000 Bürgerenergiegenossenschaften ist nicht einmal ein Dutzend mit kirchlichem Hintergrund zu finden. Die wenigen aber sind

KONTAKTE UND KENNTNIS DER STRUKTUREN ZÄHLEN

Erfolgsfaktoren für eine gute Kooperation sind vor allem Kenntnis der kirchlichen Strukturen und persönliche, vertrauensvolle Verbindungen. Sie lassen sich möglicherweise über Menschen knüpfen, die Mitglied in Kirchengemeinde und Bürgerenergiegenossenschaft sind. Übrigens sollte man kirchliche Werke wie Diakonie und Caritas nicht ausklammern.

Hauptthemmnis ist der Zeitbedarf. Bis ein Photovoltaik-Dach gebaut werden kann, sieht das EEG vielleicht wieder andere Regeln vor. Da hilft nur Geduld und vorausschauendes Kalkulieren. Freikirchen sind dagegen eigenständiger und auch schneller.



Ebenfalls seit 2012 ist die Solarstromanlage auf der Karlsruher Erlöserkirche in Betrieb. Mit ihrer Leistung von 62 kWp spart sie jährlich 41 Tonnen CO₂ ein.

umso eifriger, interessanter und erfolgreicher. Beispielsweise in Hildesheim, wo die Kolping Erneuerbare Energie Genossenschaft (KEEG) aus Strukturen des Sozialverbandes Kolpingwerk entstand. Seit dem Start 2018 baute man knapp 200 solare Kilowatt Spitzenleistung auf die Dächer einer Ferieneinrichtung und hat aktuell weitere Projekte auf Kitas, Pfarr- und Gemeindehäusern verabredet. Zahlenmäßig noch größer ist die Ökumenische Energiegenossenschaft Bad Boll: Aus der Start-Photovoltaik-Anlage auf der Evangelischen Akademie sind 20 installierte Anlagen geworden.

Als „kirchlicher Dienstleister“ fühlt sich die Energievision eG aus der Augsburger Region. Bisher wurden elf Photovoltaik-Anlagen mit 614 Kilowatt Spitzenleistung gebaut. Vorstand Dr. Thomas Weinhardt berichtet von weiteren Projekten, die man mit dem Bistum Trier im entfernten Rheinland-Pfalz verabredet habe. Allen drei genannten BEGen ist eines gemein: Sie kennen die kirchlichen Strukturen sehr genau.

Am Willen fehlt es nicht - auch nicht an Problemen

Generell ist in Gemeinden und Stiftungen, Bistümern und Landeskirchen der Wille vorhanden, Natur und Klima durch eigene ökologische Anstrengungen zu bewahren. Allerdings gibt es eine Reihe von Problemen, die allein aus dem Rückgang der Gläubigenzahlen resultieren. Wenn etwa im Bistum Trier ab dem kommenden Jahr 900 Gemeinden zu 35 Groß-Pfarreien zusammengeschlossen werden sollen, wirft dies unzählige Einzelfragen auf - nicht nur jene, welche

Gebäude man am Ende unterhalten will und kann. Kirchenstiftungen tun sich schwer mit rechtlichen und steuerlichen Herausforderungen. Und der (inzwischen gelockerte) Denkmal- und Ensembleschutz hat in der Vergangenheit so manche Photovoltaik-Anlage verunmöglicht, wobei das Potential an geeigneten Dächern enorm ist. Das EEG macht kleinere Photovoltaik-Einspeiseanlagen ohne Eigenverbrauch unrentabel. Nennenswerter Eigenverbrauch von Solarstrom ist aber in Gotteshäusern, die immer weniger besucht werden, kaum zu realisieren - in Kitas und anders genutzten Gebäuden schon eher. Kirchengremien möchten in der Regel Energieanlagen nicht selbst betreiben und haben mit komplizierten Konstruktionen wie Mieterstrom keine Erfahrung. Trotzdem sind sie - wie Vorstand Klaus Bechtold (KEEG) berichtet - mit kompetenter Begleitung durchaus für Solarpacht-Modelle zu gewinnen.

Bürgerenergie: Ein Hort vieler Qualitäten

Die wenigen Bürgerenergiegenossenschaften im kirchlichen Kontext können trotz ihrer Qualitäten den immensen Nachholbedarf in den Gemeinden nicht annähernd umsetzen. Daraus erwächst ein spannendes neues Betätigungsfeld für viele der fast 1.000 bestehenden Bürgerenergiegenossenschaften. „So wie Bürgerenergiegenossenschaften strukturiert sind und wirtschaften, müssten sie den Kirchen eigentlich sympathisch sein“, sagt Dietmar von Blittersdorff, Vorstand im „Netzwerk Energiewende jetzt“ und ehemaliger Referent der Evangelischen Kirche der Pfalz. „Denn sie stehen für

Kooperation, gesellschaftliche Verantwortung, Demokratie und gemeinschaftliche Selbsthilfe.“ Nicht zu vergessen: Der Anteil jener Mitglieder, die zugleich auch Angehörige einer Glaubensgemeinschaft sind, dürfte in jeder Bürgerenergiegenossenschaft zwischen 40 und 50 Prozent liegen.

Bürgerenergiegenossenschaften verfügen über Erfahrung in Bau und Betrieb von Energieanlage – größeren und kleineren. Sie haben kompetente Projektierer und verlässliche Fachbetriebe an der Hand. Sie sind erprobt im Umgang mit Pachtmodellen, können oft auch Direktbelieferung umsetzen. Sie kennen die Netzbetreiber. Manchen können auch Contracting und Wärmelieferung anbieten. Sie haben eigentlich alle nötigen Qualitäten – bis auf die guten Verbindungen.

Wie kommt man an die „richtigen Menschen am richtigen Platz“?

Robert Schlieff, Klimaschutzmanager der Evangelischen Kirche im Rheinland, hat sich entschlossen, jetzt vorhandene Bürgerenergie-Akteur*innen in der Region anzusprechen. Umgekehrt gibt er ihnen den Tipp, mit Unterstützung der eigenen Mitglieder die jeweilige Kirchengemeinde-Leitung zu kontaktieren. Die Pfarrer*innen würden den Weg zu den Baukirchenmeister*innen ebnen. Überzeugen müsse man am Ende den Kreissynodalvorstand. Im Bergischen Land wurde der Kirchenkreis gar Mitglied der Bürgerenergiegenossenschaft.

Umwelt- und Klimaschutzbeauftragte sind auch die erste Adresse bei den katholischen Kirchen. Zudem könnten sich durchaus intergenossenschaftliche Kooperationen entwickeln, meint Thomas Weinhardt in Augsburg: Die eine projekte, die andere betreibe die jeweilige Anlage. Einig sind sich alle, dass es Geduld und einen langen Atem brauche. Denn kirchliche Strukturen seien vieles, außer schnell.

Jobst Kraus von der Ökumenischen Energiegenossenschaft hat am Ende einen schelmischen Tipp, wie man lokal selbst etwas anschieben kann. „Überweisen Sie eine kleine Summe mit einer ausdrücklichen Zweckbindung, zum Beispiel für eine Photovoltaik-Anlage, an die jeweilige Einrichtung. Die ist dann verpflichtet, eine Kostenstelle einzurichten. Das schafft Gesprächsstoff in der Verwaltung, und vielleicht in der Folge auch die nötige Veränderung.“



Oben: Kinder auf dem Kita-Dach? - Zur Einweihung der PV auf der Mannheimer Kita am Brunnengarten gab's eine Ausnahme.
Unten: Noch ziemlich jung ist die Solaranlage auf dem Haus der Evangelischen Kirche, ebenfalls in Mannheim.

Achtung, Denkmalschutz!

Denkmalschutz kann Energieprojekte ausbremsen. Das erfuhren auch die „Strom-Rebellen“ der EWS aus Schönau, die mit Pfarrer Hasenbrink eine kleine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der örtlichen Bergkirche planten. Doch das Denkmalamt Lörrach verweigerte die Genehmigung. Trotz zogen 200 Schönauer am 28. Juni 1998 mit Trommeln und Kutschen zur Kirche, um die ersten neun Module zu installieren. Die „Schöpfungsfenster“ genannte Anlage wurde ungenehmigt installiert, das Grünlicht des Kreises kam wenig später nachträglich. Ein Jahr danach wurde die Photovoltaik-Anlage auf 51 Kilowatt erweitert und half, die neue Kirchenorgel zu finanzieren.

Waffel-Wärme für den ganzen Ort

Wenn die kühle Jahreszeit naht, springen viele Heizungs Brenner an. Vor allem in ländlichen Gegenden kommt die Wärme noch oft per Einzelfeuerung aus Öl oder Flüssiggas in Häuser und Gewerbebauten. Dabei geht es längst klimafreundlich, wie drei von Bürgerenergiegenossenschaften betriebene Nahwärme-Beispiele zeigen.



Das Bioenergiedorf St. Peter, eine 2.600-Seelen-Gemeinde östlich von Freiburg: Hier entstand die Idee 2008 in einer Bürgerinitiative, die den anstehenden Kommunalwahlkampf nutzte, um Verbündete in der lokalen Gemeindepolitik zu suchen. „Mit dem alten Bürgermeister wäre das nicht gegangen“, erzählt Markus Bohnert, inzwischen Vorstand der Betreibergenossenschaft. „Aber seine Nachfolge-Kandidaten waren dafür.“ Eine Umfrage unter Gebäudeeigner*innen erbrachte die notwendigen Daten, die ein Ingenieurbüro in ein tragfähiges Konzept umsetzte. Schon 18 Monate später wurde mit der Errichtung eines Nahwärmenetzes im Ortskern begonnen.

Wärmeversorgung in Bürger*innenhand

Mehr als zehn Jahre später versorgt die Bürgerenergie St. Peter eG 272 Gebäude im Ort und zählt 286 Mitglieder, die allesamt auch Wärmekund*innen sind. Gut 85 Prozent des örtlichen Wärmebedarfs werde nun durch die BEG abgedeckt. Man sei „Genossenschaft pur“, sagt Bohnert - vor allem in jenem Sinne, dass die Bürgerenergiegenossenschaft ihre Mitglieder fördern solle. Sie seien gleichermaßen Energieerzeuger*innen wie -verbraucher*innen und zahlten einen vergünstigten Wärmepreis, der in guten Jahren 15 bis 20 Prozent unter den Kosten einer konventionellen Heizung läge. Weil man auch dem örtlichen Holzlieferanten einen „fairen Preis“ bezahle, gebe es für die Mitglieder keine Jahresdividende. Das Geld fließe in die Tilgung der aufgenommenen Kredite - mit dem Ziel, „dass nach 20 Jahren die Energieversorgung vollständig den Mitgliedern gehört.“

Klimafreundliche Nahwärme

Etwas weiter südlich im Schwarzwald haben es die „Strom-rebellen“ der EWS Schönau schon lange zu bundesweiter

Bekanntheit gebracht. Mit ihrem Ökostrom-Angebot, konsequent frei von Atom- und fossiler Erzeugung, gehören sie zu den überzeugenden Anbietern. Aber die wenigsten wissen, dass sich die Bürgerenergiegenossenschaft schon lange auch als Lieferant klimafreundlicher Nahwärme profiliert. Inzwischen ist das 14. lokale Netz in der Realisierung.

Dabei kam die Idee von außen: Daniel Weiß hatte sich in Zell ein kleines Wärmenetz auf Holzschnitzel-Basis ausgedacht und vorgestellt. Zwei Jahre später kam die Gemeinde mit ihren eigenen Gebäuden auf ihn zu: „Du kannst das“. Mit einer privaten GmbH wurden die ersten Schritte realisiert, ein weiterer Auftrag im Nachbarort Steinen folgte. Die EWS wurden hellhörig - und stiegen nach und nach weiter ein, übernahmen die Gesellschaft schließlich ganz. „Vor zehn oder zwölf Jahren waren wir eigentlich noch zu früh dran“, sagt Weiß, der heute als Geschäftsführer den Nahwärme-Bereich der EWS leitet. „Aber seit fünf Jahren ist es wirklich ein Thema.“ So sehr, dass bei jedem neuen Projekt in der holzreichen Gegend die Nachbargemeinden hinpilgern und fragen: „Wann kommt ihr denn zu uns?“

Industrielle Abwärme sinnvoll nutzen

Für das jüngste Netz in der 32.000 Bewohner*innen zählenden Stadt Rheinfelden haben die EWS eine Besonderheit in Arbeit: Etwa ab Herbst 2021 soll es mit industrieller Abwärme von Evonik Hauptgespeist werden. Je nach Jahresverlauf und Witterung käme man dann auf einen Abwärmeanteil zwischen 80 und 95 Prozent - was die endgültige Stilllegung etlicher in die Jahre gekommener Kessel ermöglichen würde.

„Ziemlich am Ende des Ausbaus“ ist man dagegen mit dem Nahwärmenetz der Venner Energie eG im südlichen



Niedersachsen angelangt. Auch hier ging die Initiative von der Gemeinde aus und mündete in der Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft. Und auch hier nutzt man die Prozess-Abwärme eines Gewerbebetriebes - in diesem Fall von Europas größter Eishörnchen- und Waffelfabrik. Aus deren Backöfen ging zuvor eine Wärmemenge von rund 10 Millionen Kilowattstunden pro Jahr ungenutzt in die Umwelt, inzwischen werden über ein zehn Kilometer langes Netz zwei Drittel davon in 154 Gebäude und einen großen Pufferspeicher abgegeben. Der angezapfte Traditionsbetrieb Meyer zu Venne ist in der Region verwurzelt und hat mit einem klaren Bekenntnis zum Standort alle Zukunftssorgen zerstreut. „Wenn man sich für Nahwärme entscheidet, schaut man nicht jeden Monat nach, wo die Energie noch ein bisschen günstiger zu bekommen wäre“, meint Vorstand André Bergmann. „Trotz des aktuell niedrigen Gaspreises ist die Rechnung für uns schon längst aufgegangen.“ Dazu zählt die Auszeichnung als Leuchtturmprojekt durch das Umweltministerium.

Nahwärmenetze - Tipps und Tricks:

- Nahwärmenetze sind nicht auf eine Technologie festgelegt. Innerhalb des Leitungsverbundes können später alle möglichen Wärmequellen eingebunden werden, was die Expansion erleichtert.
- Städte und Gemeinden können zwei Drittel der Konzeptions- und Planungskosten aus öffentlichen Fördertöpfen erhalten.
- Keine Bürgerenergiegenossenschaft muss das ganze Know-how mitbringen: Besser ist es, ein erfahrenes Planungs- und Ingenieurbüro einzubinden.
- Für die Planung müssen vorab Daten über den Gebäudebestand im Zielgebiet erhoben werden: Anzahl der Ge-

bäude, deren Nutzfläche, Heizungsart und das Alter der Heizanlagen sowie die Bereitschaft zum Umstieg. Für die Datenerhebung braucht es eine örtliche Plattform, z.B. eine Bürgerenergiegenossenschaft oder einen Verein, auf jeden Fall Menschen, die im Ort bekannt sind. Oft ziehen diese ehrenamtlich von Haus zu Haus und nehmen als Nachbarn mit Vertrauenspotential die Befragung vor.

- Wo einmal Leitungsgräben gezogen werden, empfiehlt es sich, gleichzeitig auch andere Medien (Stromleitungen, Glasfaserkabel, Wasserrohre) oder zumindest Leerrohre einzuziehen, um die Kosten zu verteilen.
- Zur Finanzierung bieten sich günstige KfW-Mittel an. Fragen sollte man natürlich immer auch die Genossenschafts-Banken und Sparkassen vor Ort. Wenn deren Vorstand Mitglied der Bürgerenergiegenossenschaft ist, gehen viele Türen umso leichter auf.
- Zur Sommernutzung der Wärmeerzeugung ist ein Freibad ein besonders guter Abnehmer.

LINKS

Die Experten der drei vorgestellten Bürgerenergiegenossenschaften helfen mit Betriebsbesichtigungen oder Fachreferaten nach Möglichkeit weiter:
buergenergie-st-peter.de/
tinyurl.com/ews-nahwaerme
venner-energie.de/index.php

KAPITEL 7 Wie Klimaschutz, Umwelt- und Naturschutz zusammenkommen

Energiewende-Akteur*innen und Umwelt- und Naturschützer*innen haben viele gemeinsame Ziele und Werte. Doch besonders bei Windprojekten sind sie oft Gegenspieler*innen. Es ist auch anders möglich. In diesem Kapitel geht es darum, wie sich der Ausbau der erneuerbaren Energien mit Bürger*innenbeteiligung, Natur- und Artenschutz vereinbaren lässt.



„Ohne Klimaschutz können wir uns den Artenschutz sparen“



Wie lassen sich Konflikte zwischen Naturschützer*innen und Ökostrom-Akteur*innen vor Ort vermeiden? Und wo liegen die Schnittmengen? NABU-Referentin Andrea Molkenthin-Keßler, zuständig für das „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“, gibt im Interview einige Anregungen.

Frau Molkenthin-Keßler, der Ausbau von erneuerbarer Energie, genauer gesagt der Windenergie, spürt seit einigen Jahren erheblichen Gegenwind. Nach Branchenschätzung wird inzwischen jeder zweite Windpark beklagt. Können Sie das erklären?

Andrea Molkenthin-Keßler: Repräsentative Umfragen zeigen regelmäßig eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Trotzdem spüren wir vor Ort immer wieder Gegenwind, wenn es um konkrete Vorhaben geht. Bei Klagen echter Umweltverbände zeigt die hohe Erfolgsquote, dass die Naturschutzverbände nur dann klagen, wenn es gute Erfolgsaussichten gibt. Insgesamt haben wir den Eindruck einer allgemeinen Angst vor Veränderungen in der Landschaft. Und dann kommt es leider auch vor, dass der Naturschutz als Argument entdeckt wird, sobald eine Planung den Blick vom eigenen Garten beeinträchtigen würde.

Dabei sollte man meinen, dass Energiewende-Akteur*innen und Naturschutz reichlich gemeinsame Ziele und Werte hätten ...

Stimmt – bei NABU und BUND werden Klima- und Naturschutz als gleichrangige Ziele angesehen. Ohne wirksamen Klimaschutz können wir uns Bemühungen zum Schutz zahlreicher Arten sparen. Nötig sind Lösungen, die den Ausbau der Erneuerbaren ermöglichen und gleichzeitig dem Artenschutz gerecht werden. Wir haben zusammen mit weiteren Umweltverbänden im Frühjahr 2020 ein Thesenpapier zum naturverträglichen Ausbau der Windenergie veröffentlicht.

Welche Ziele verfolgen NABU und BUND bei der Windkraft? Welche Rolle soll sie bei der Energiewende spielen?

Es gibt zahlreiche Szenarien, die errechnet haben, wie stark der Ausbau der Erneuerbaren im Mix erfolgen muss. Darin wird auch der Anteil der Windenergie definiert. Und natürlich wollen BUND und NABU alles tun, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Dazu ist ein jährlicher Zubau von vier Gigawatt an Land erforderlich, eher mehr. Aus diesem Grund unterstützen wir den Ausbau der Windenergie - legen aber Wert darauf, dass dies naturverträglich passiert.

Mit dem Naturschutz funktioniert Verhinderung aber am einfachsten: Bring mir einen Rotmilan - und die Mühle kommt nicht ...

Das ist uns bewusst. Wir versuchen uns auch abzugrenzen von Menschen, die so lange keine Rotmilane kennen, bis hinter dem Haus eine Windenergieanlage gebaut werden soll. Da muss man sorgfältig prüfen: Wo ist hier ein naturschutzfachliches Problem, und was wird vorgeschoben?

Sind den Beteiligten in der Vergangenheit Fehler unterlaufen?

Besonders Ende 2016 wurden zahlreiche Genehmigungsanträge eingereicht, bei denen Mängel in den artenschutzrechtlichen Gutachten auffielen. Wir haben stichprobenhaft festgestellt, dass viele Hinweise der Landesanstalt für Umwelt nicht eingehalten wurden. Zum Teil wurde ungeschultes Personal eingesetzt oder Informationen von lokalen Natur-

schützer*innen wurden nicht berücksichtigt. Durch diese Erfahrungen hat sich bei einzelnen Mitgliedern ein Misstrauen entwickelt, das jetzt ein konstruktives Miteinander erschwert. In Baden-Württemberg hat unser Check dazu geführt, dass die Landesverbände von BUND, Landschaftsökolog*innen, Windenergie und NABU einen Katalog mit 13 Kriterien für eine gute gutachterliche Praxis erstellt haben. Er soll eine Basis für eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit sein.

Sind Freiflächen-Photovoltaik und kleine Wasserkraft ähnlich betroffen?

Unsere Arbeit begrenzt sich auf Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik. Bei letzterer sind die Widerstände nicht so stark. Gerade dort bieten sich große Chancen, Klima- und Naturschutz auf einer Fläche zu vereinbaren, sofern die Anlagen entsprechend gestaltet und gepflegt werden.

Wie sieht ein Verfahrenslauf aus, der beiden Seiten gerecht wird?

Ich sehe zwei unterschiedliche Stränge: die planerische und naturschutzfachliche Ebene sowie die kommunikative Ebene. Ein wichtiger Schritt wäre, wenn man auf der ersten Ebene eine räumliche Steuerung durch eine verbindliche Regionalplanung erreichen würde, so dass die Ausbauziele und die Flächen für die Erneuerbaren dargestellt werden. Im Gegenzug müsste das Ausschlusswirkung für die anderen Flächen haben. Kommunikativ wäre wichtig, dass man frühzeitig die Verbände über anstehende Vorhaben informiert. Gerade die ehrenamtlichen Aktiven verfügen über enorme Kenntnisse, weil sie die Gebiete oft über einen sehr langen Zeitraum betreuen.

Bürgerenergie hat den Vorteil gegenüber „fremden Investoren“, dass Gemeinden und Anwohner*innen ökonomisch von einer Beteiligung profitieren und oft Fonds für das Gemeinwesen und den Naturschutz eingerichtet werden. Ist das der „Königsweg“ zu mehr Akzeptanz?

Ein Ergebnis der Akzeptanzumfrage von 2019 ist, dass 82 Prozent der Befragten es für wichtig halten, Einnahmen aus der Windenergie von der Gemeinde zur Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort einzusetzen. Dass ein Projekt maßgeblich von Akteur*innen aus der Region verwirklicht wird, ist sicher auch ein wichtiger Faktor für Akzeptanz, so wie die Möglichkeit der direkten Beteiligung der Bürger*innen. Als Projektleiterin im Dialogforum „Erneuerbare Energien und Naturschutz“ bin ich überzeugt, dass die Akzeptanz auch mit der naturverträglichen Umsetzung steigt.

DIALOGFORUM ERNEUERBARE ENERGIEN UND NATURSCHUTZ

Das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz stellt auf seiner Website diverse interessante Publikationen zu entsprechenden Themen kostenlos zur Verfügung:
tinyurl.com/dialogforum-publikationen

Dort finden Sie auch den „Kriterienkatalog gute gutachterliche Praxis“ unter:
tinyurl.com/kriterien-artenschutz



Andrea Molkenthin-Keßler

Das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz von BUND und NABU Baden-Württemberg engagiert sich seit 2012 dafür, dass die dringend nötige Energiewende naturverträglich erfolgt. Das Gremium berät und informiert Naturschutzinteressierte und moderiert bei Konflikten zwischen den Beteiligten – immer in der Überzeugung, so die eigene Wahrnehmung, „dass sich im konstruktiven Dialog die besten Lösungen finden lassen.“ Themen sind insbesondere Windkraft, (Freiflächen-) Photovoltaik und die Planung von Stromtrassen. Das Forum bildet zudem ehrenamtliche Multiplikator*innen aus und hat inzwischen bei über 80 Veranstaltungen mehr als 8.000 Menschen erreicht.
dialogforum-energie-natur.de

Artenschutz und Energie-wende Hand in Hand

Beim Solarpark Mooshof und dem Windpark Verenafohren am Bodensee haben Betreiber*innen und Naturschutzverbände eng zusammengearbeitet – zum Gewinn für Klima sowie Natur- und Artenschutz. Die Bürger-Energie Bodensee eG ist an beiden Projekten beteiligt.

Üblicherweise wird bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen der Boden mit Gras bepflanzt, das liegen bleibt, nachdem es gemäht wurde. Dabei verfilzt der Boden, die Pflanzen bekommen zu wenig Licht und Nährstoffe und sterben ab. Beim Solarpark Mooshof setzten die Betreiber*innen die Ratschläge der regionalen BUND- bzw. NABU-Gruppen um. Eine Blühwiese wurde gepflanzt, die zweimal im Jahr gemäht wird. Das Mähgut wird in eine Biogasanlage transportiert und liefert so klimafreundliche Energie.

Mittlerweile ist aus dem überdüngten, artenarmen Ackerland mit einer Mais-Monokultur eine artenreiche Blühwiese entstanden. So haben sich auch Insekten von der „Roten Liste“ bedrohter Arten wieder angesiedelt: „Der kurzschwänzige Bläuling, eine Schmetterlingsart, oder die Lauch- und die Sumpfschrecke, zwei Heuschreckenarten“, berichtet Eberhard Koch, Vorstand des BUND-Kreisverbandes Konstanz. Die Naturschützer*innen beobachteten systematisch über Jahre, welche Pflanzen und Insekten sich durchsetzen.

TIPPS ZUR BODENBEHANDLUNG

Grundsätzlich ist es sinnvoll, bei Freiflächenanlagen vor der Aufstellung der Module eine Bearbeitung des Bodens einzuplanen, etwa den Abschub des Oberbodens und/oder die Aushagerung. Ergänzende Biotopstrukturen wie Totholzhaufen, Sandbunker, Kleinstgewässer und autochthones Saatgut und Sträucher erhöhen zusätzlich die Artenvielfalt.



Verbinden Naturschutz vor Ort und Erneuerbaren-Ausbau: Genossenschaftsvorstand Andreas Klatt (ganz rechts) und seine Mitstreiter.

Einen weiteren wertvollen Lebensraum bietet die Hecke entlang des Grundstückzauns. In einem kurzen Film beschreibt Eberhard Koch den „Vorzeigesolarpark“ (Link siehe Infobox).

Erstes Projekt der Bürger-Energie Bodensee

„Solarparkbetreiber*innen und Naturschützer*innen können Synergien schaffen“, sagt Andreas Klatt, Vorstand der Bürgerenergie-Bodensee eG. Der Bau des Solarparks Mooshof war die Geburtsstunde der Bürgerenergiegenossenschaft. Die Anlage auf 16,5 Hektar Fläche erbringt eine Spitzenleistung von 4,7 Megawatt. Etwa ein Zehntel davon entfällt auf den Anteil der Bürgerenergiegenossenschaft. Den Rest des Solarparks teilen sich Investor*innen, der regionale Projektierer Solarcomplex AG sowie die Stadtwerke Konstanz und Engen.

Windpark Verenafohren

Auf der Gemarkung des Tengener Ortsteiles Wiechs am Randen steht der erste Windpark im Landkreis Konstanz. Seit Januar 2018 laufen die drei Windenergieanlagen im Regelbetrieb. 2012 hatten sich Akteur*innen im Landkreis Konstanz zur IG Hegauwind zusammengeschlossen, um auf geeigneten Flächen Windenergieanlagen zu bauen und zu betreiben.

„Wir haben 2012 den Anruf eines Bürgermeisters aus der Region bekommen, mit der Bitte, an dem Windprojekt mitzuwirken“, berichtet Vorstand Andreas Klatt. Marian Schreier, Bürgermeister von Tengen, setzte sich aktiv für einen Windpark auf Tengener Gemarkung ein und brachte die Bürgerenergiegenossenschaft ins Spiel. Sie gab den Bürger*innen vor Ort die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Das habe das Projekt harmonisiert, ist Andreas Klatt überzeugt. Während



„Wir haben eine bunte Blühwiese, haben Insekten- und Vogelfielfalt und haben regenerative Energie.“

des Baus habe es an Sonntagen Wanderungen zur Baustelle gegeben. „An den Sonntagen vor der Eröffnung war es ein kleines Volksfest.“ Projektiert und umgesetzt hat den Windpark das Bürgerunternehmen Solarcomplex AG, für Andreas Klatt „ein toller und fairer Partner, der das ambitionierte Ziel vor Augen hat, die Region erneuerbar zu gestalten.“ Die Bürger-Energie Bodensee war als gleichberechtigter Partner von Anfang an dabei und ist heute einer der elf Kommanditisten der Betreibergesellschaft. Sie trägt zu gleichen Teilen Kosten, Risiko und Ertrag. Die 500.000 Euro Beteiligung hatte die Bürgerenergiegenossenschaft schnell zusammen, Menschen aus der Region hatten dabei Vorrang. „Das Schöne an dem Projekt für uns ist, dass alle naturschutzrechtlichen Belange erfüllt sind“, sagt Vorstand Klatt. So konnte ein Fachgutachten keine Brutvorkommen von Vogelarten feststellen, deren Bestände gefährdet und die für mögliche Windkraft-Risiken deshalb besonders empfindlich sind.

Die Naturschutzverbände NABU und BUND Westlicher Hegau haben sich schon bei der Suche nach geeigneten Flächen eingebracht und haben das Windprojekt Verenafohren von Beginn an begleitet. Für Eberhard Koch ist bei Windprojekten eine Richtschnur, dass ein Projekt mit den geringsten Eingriffen in die Natur verbunden sein sollte. „Ziel muss sein, die negativen Auswirkungen zu minimieren.“

Der BUND untersuchte, wie sich die Artenvielfalt durch den Eingriff in den Wald verändert hat. Die Ergebnisse des Monitorings seien eindrucksvoll. „Der Artenreichtum nach den Waldrodungen ist größer als vor dem Bau des Windparks“, so das Fazit von Eberhard Koch (Infos zum Bericht siehe Link in Infobox). Auf dem steinigen Kalkboden im Windparkgebiet habe sich eine artenreiche Waldsaumgesellschaft entwickelt, die für Insekten und andere Tiere attraktiven Lebensraum schafft. Auf den Lichtungen um die Windräder entwickelten sich zahlreiche Pflanzen wie Tollkirsche, Königskerze, Johanniskraut und verschiedene Distelarten. Die Blühpflanzen ziehen mit ihrem Nektar Schmetterlinge und Wildbienen an, auch Rote Liste Arten.

Vor dem Bau wurde die im Wald vorkommende geschützte Kahlrückige Waldameise umgesiedelt. Die seltene, auf der Roten Liste stehende Orchideenart „Gelber Frauenschuh“ wurde durch einen Zaun geschützt, eine Folie verhinderte starken Staubeintrag. „Die Pflanzen sind vital und haben mit 30 Blütenständen reichlich geblüht“, so der Bericht des BUND. Schließlich wurde ein dreijähriges Fledermausmonitoring installiert, das noch läuft. Aktuell werden die Rotoren automatisch in der Dämmerung bei Flugaktivitäten von Fledermäusen gestoppt.

Wertschöpfung bleibt in der Region

Am Ertrag des Windparks sind die Mitglieder der Bürgerenergiegenossenschaft Bürger-Energie Bodensee ebenso beteiligt wie Solarcomplex, regionale Stadt- und Gemeindewerke sowie zwei Energieversorger aus der nahen Schweiz. Für den Tengener Bürgermeister Marian Schreier ist Verenafohren ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich vernünftig. „Wir partizipieren über Pachteinnahmen und Gewerbesteuer am wirtschaftlichen Ertrag.“ Zur Kritik, durch Windräder gehe eine wertvolle Kulturlandschaft verloren, sagt er: „Wenn wir diese einzigartige Landschaft erhalten wollen, dann müssen wir schauen, dass die Luft und die Seen rein bleiben und dass unser Klima intakt bleibt.“

KONTAKT

Bürger-Energie Bodensee eG
Telefon: 07771-872010
info@buergerenergiebodensee.de
buergerenergiebodensee.de

LINKS

tinyurl.com/Vorzeigesolarpark
verenafohren.de
tinyurl.com/Verenafohren-bericht

